

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 5 Mai 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Tarifrunde erfolgreich: Zähes Ringen um stattliche Einkommensverbesserungen

In dieser Ausgabe:

**25 Jahre Seniorengruppe:
Erfahrung gestaltet Zukunft**

**Social Media:
Das Geschäft mit den „Freunden“**

**VDP-Präventionsportal:
GdP stellt „PolizeiDeinPartner.de“ online**

**IMK-Sondersitzung:
GdP unterstützt Weg zu NPD-Verbot**

JUNGE GRUPPE (GdP)

25 JAHRE SENIORENGRUPPE



microdrones.com

md4-1000: Fliegt länger

Schneller
aufklären

Sie können Ihre Augen nicht überall haben? Mit der md4-1000 von microdrones schon – denn manchmal sieht ein Auge mehr als zwei.

Ausgestattet mit hochauflösenden Foto-, Video- und Thermografiesystemen, erleichtert der fortschrittliche Assistent aus der Luft die Arbeit von Polizei, Sonder-einheiten und Rettungskräften. GPS-Autopilot und permanente Datenverbindung zum Boden vereinfachen Aufklärungs-, Erkundungs- und Rettungseinsätze. Ob lebensgefährliche Situationen oder schwer erreichbare Einsatzorte: die md4-1000 ist schnell, geräuscharm, präzise und ausdauernd – und hilft überall da, wo Sie an die Grenzen des Möglichen stoßen.

www.microdrones.com

Ihre Vorteile:

- ▶ Gestochen scharfe, digitale Bilder bei Tag und Nacht
- ▶ Flexibles Nutzlastkonzept: Thermal, Multispektral, Gas u.v.m.
- ▶ Maximale Nutzlast bei gleichzeitig höchstmöglicher Flugdauer
- ▶ Bedienerfreundliche Basisstation mit Livebild- und Telemetrie-Empfang
- ▶ Voll automatische GPS Wegpunkt Navigation
- ▶ Manuelle Steuerung mit und ohne GPS-Unterstützung / Auto-Homing
- ▶ Fortschrittlichstes Lage-, Höhen- und Richtungkontrollsystem
- ▶ Integrierte BlackBox für Datendokumentation und Analyse
- ▶ Zahlreiche Sicherheitsfunktionen wie Autolandung und Virtual Fence
- ▶ Einfachster Transport durch klappbare Arme
 - ▶ Jederzeit in wenigen Minuten einsatzbereit
 - ▶ Wetterfest, geräuscharm, umweltfreundlich



Kontakt:

info@microdrones.com

Fon +49 (0)271 770038-0

Als Mitglied der Association for Unmanned Vehicle Systems International (AUVSI), der deutschsprachigen Arbeitsgruppe für Unbemannte Luftfahrzeuge (UAV-DACH) und der UVS-International investieren wir sowohl international als auch im Rahmen der Europäischen Kommission in Forschung und Entwicklung und stetigen technologischen Fortschritt.

**Das Geschäft mit den
„Freunden“**



Mit Facebook, MySpace, StudiVZ oder Xing u. a. sind soziale Netzwerke entstanden, die Möglichkeiten für weltweite individuelle und öffentliche Online-Kommunikation bieten. Einige dieser Netzwerke boomen, manche schwächeln.

Seite 14

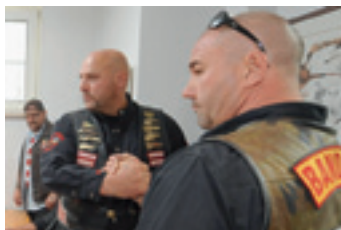
**„PolizeiDeinPartner.de“
jetzt online**



Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, hat auf dem 17. Deutschen Präventionstag in München das neue Präventionsportal „PolizeiDeinPartner.de“ des GdP-eigenen Verlages Deutsche Polizeiliteratur (VDP) online gestellt.

Seite 24

**Polizeilichen Druck auf
kriminelle
Rocker-Szene erhöhen**



„Macheten schwingende Rocker, die verfeindete Clubs in aller Öffentlichkeit mit größter Brutalität angreifen, haben auf unseren Straßen und in unserer Gesellschaft nichts zu suchen“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bei der Vorstellung des neuen GdP-Positionspapiers „Organisierte Kriminalität“.

Seite 33

INHALT

Mai 2012

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Kampftag oder Feiertag?	4
FORUM	4/5
BRANDENBURG Personalratswahlen in den Polizeidirektionen	
TITEL/TARIFRUNDE ERFOLGREICH Zähes Ringen um städtische Einkommensverbesserungen	6
25 JAHRE SENIORENGRUPPE Erfahrung gestaltet Zukunft	9
SOCIAL MEDIA Das Geschäft mit den „Freunden“	14
IMK-SONDERSITZUNG V-Leute in Führung abgeschaltet: GdP unterstützt Weg zu NPD-Verbot	16
RECHTSEXTREMISMUS Innenausschuss uneins über Neonazi-Verbunddatei	17
VERKEHRSRECHT Sonderrechte bei Privatfahrt	21
OSG-WERBEMITTELVERTRIEB Erstmals Sommer-Sonder-Special-Katalog der OSG	22
17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG „PolizeiDeinPartner.de“ jetzt online	24
AUSLANDSEINSÄTZE Sitzen auf gepackten Koffern	25
ÖFFENTLICHER DIENST Den Stellenabbau zu weit getrieben	28
BFA BEAMTEN- UND BESOLDUNGSRECHT Falscher Weg Föderalismusreform	30
VERKEHR Missachtung von Verkehrsregeln ist unter Radfahrern inflationär	30
PERSONALRATSWAHLEN BKA	31
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT Polizeilichen Druck auf kriminelle Rocker-Szene erhöhen	33
TAGUNGEN DER GdP-REDAKTEURE Im Netz ist Stillstand Rückschritt	34
GESELLSCHAFT Zutritt unter 16 verboten	36
RECHT	37
JUNGE GRUPPE	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



FLENSBURGER VERKEHRSSÜNDERDATEI:**Neue Regeln bringen keine Sicherheit**

Bei der Debatte über die vom Bund geplante Reform der Flensburger Verkehrssünderdatei hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) seine Pläne für ein neues Punktesystem bei Verstößen am Steuer vorgestellt. Danach soll es nach Schwere des Vergehens einen Punkt oder zwei Punkte geben. Der Führerschein-Verlust droht dann bei Autofahrern bereits bei insgesamt acht statt bisher 18 Punkten. Die GdP forderte hingegen Ramsauer auf, ein deutlich stärkeres Zeichen für mehr Verkehrssicherheit zu setzen, anstatt am Flensburger Punktekatalog herumzuschrauben. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut unterstrich, dass beispielsweise rund 4.000 Menschen im vergangenen Jahr auf den Straßen starben, über 390.000 verletzt worden seien. „Das sind Steigerungen von 9,4 beziehungsweise 5,5 Prozent gegenüber dem Jahr davor. Das sind sinnlose Op-

fer einer verwilderten Verkehrsmoral.“

„Angesichts der gestiegenen Zahlen von Verkehrstoten und Unfallverletzten betreibt Bundesverkehrsminister Ramsauer politisches Schattenboxen“, kritisierte Bernhard Witthaut. Die zunehmend verlotterte Moral vieler Verkehrsteilnehmer lasse sich nicht mit veränderten Kriterien der Verkehrssünderkartei verbessern, sondern nur mit einem hohen polizeilichen Kontrolldruck auf den Straßen. Stattdessen werde die polizeiliche Verkehrsüberwachung immer stetig ausgedünnt und damit sinke das Risiko, bestraft zu werden. „Sichere Straßen sind vor allem durch eine konsequentere Überwachung der Regeln durch die Polizei möglich“, stellt Bernhard Witthaut klar.

Auch der Auto Club Europa (ACE) zeigte sich wenig überzeugt von Ramsauers Konzept.

Murat Ham

SCHWEIGEMINUTE:**Opfer von Rassendiskriminierung gedacht**

*Mitglieder des GdP-Bundesvorstandes appellierten für einen verstärkten Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit.
Foto: Anton Wiemers*

Mit einer Schweigeminute gedachten die Mitglieder des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei am Mittwoch, 21. März 2012, der Opfer des Rassismus. Der in Potsdam tagende Bundesvorstand unterstrich mit der demonstrativen Aktion seinen Appell für einen verstärkten Einsatz gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Extremismus. Die UN-Vollversammlung hatte 1966 den 21. März zum

„Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung“ erklärt, nachdem sechs Jahre zuvor mehrere tausend Menschen in der südafrikanischen Stadt Sharpeville, gegen das Apartheid-Regime protestiert hatten. Polizisten hatten auf die Demonstranten geschossen. Dabei waren 70 Menschen getötet worden.

MiZi

3. GDP-VERKEHRSFORUM

AM 24./25. APRIL:

„Verbotene ‚Stoffe‘ im Straßenverkehr“

Auf dem 3. GdP-Verkehrsforum in Potsdam haben Verkehrsexperten aus Polizei, Politik und Wissenschaft das Thema „Verbotene ‚Stoffe‘ im Straßenverkehr“ beleuchtet.

Das zweitägige Forum gab den Teilnehmern in vier verschiedenen Arbeitskreisen Impulse für Strategien und Lösungen gegen die Einnahme von Alkohol, klassische Drogen und Medikamente beim Führen von Straßenfahrzeugen und Möglichkeiten gerichtsverwertbarer Beweisführungen außerhalb der Blutprobenentnahme. Dabei spielte der sogenannte Richtervorbehalt bei der Anordnung einer Blutprobe eine zentrale Rolle.

Die rund 100 Teilnehmer erörterten auch verschiedene Fragen: Sind die geltenden Alkoholgrenzwerte im Straßenverkehr noch zeitgemäß? Ist die Polizei gerüstet, Fahrzeugführer, die Drogen eingenommen haben, hinreichend sicher festzustellen? Ist die Einnahme von Medikamenten durch Führer von Straßenfahrzeugen im Vergleich zu Alkohol und Drogen eher zu vernachlässigen oder bilden sie ein bisher unterschätztes Risikopotenzial? Am Ende fasste der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die Veranstaltung zusammen und gab einen Ausblick in die Zukunft.

Ausführlich berichten wir über das 3. GdP-Verkehrssymposium in der nächsten Ausgabe.

Murat Ham

GDP PRÄSENTIERT:**16. Internationaler Deutscher Polizeigolfcup**

14. - 16. Juni 2012 am Bodensee auf den Plätzen GC Bodensee-Weißensberg und GC Ravensburg.

Von 224 Startplätzen in der Polizei- und Gästeklasse sind derzeit noch rund 30 frei.

Information und Anmeldung über die Homepage www.polizeigolfcup.de.



IM STREITGESPRÄCH:**Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten**

Am 24. März 2012 fand im Plenarsaal des Landtags Baden-Württemberg eine Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Bürgernahe Polizei“ statt. Zu diesem Thema nahmen u. a. auch der Innenminister von Baden-Württemberg, Reinhold Gall (SPD), der Stuttgarter Polizeipräsident Thomas Züfle, der GdP-Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner und der Sprecher der UAG Innenpolitik/Polizei, Tobias Hailer, Stellung. In einem Streitgespräch zwischen Alexander Bosch, dem Sprecher der Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte bei Amnesty International (AI) und dem GdP Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut zur Frage der Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stellte Bernhard Witthaut überzeugend klar,



(v.l.n.r.) Rüdiger Seidenspinner, Innenminister Reinhold Gall, Ulrich Sckerl (parlamentarischer Geschäftsführer und Vorsitzender des Arbeitskreis Innenpolitik) Alexander Bosch (AI), Petra Häfner, MdL und Mitglied des Innenausschuss, Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender
Foto: Christian A. Skerbic

warum die Gewerkschaft der Polizei eine Kennzeichnungspflicht von Polizeibeam-

tinnen und Polizeibeamten bei geschlossenen Einsätzen ablehnt. **WKi**

UMFRAGE:**Deutsche vertrauen der Polizei**

Die Polizei genießt hohes Vertrauen in der deutschen Bevölkerung. In einer europaweiten Umfrage des Magazins „Reader's Digest“ schnitten nur Feuerwehrleute, Krankenschwestern, Piloten, Apotheker und Ärzte besser ab als die Polizei, der insgesamt 79 Prozent der Befragten sehr hohes und ziemlich hohes Vertrauen ausgesprochen hatten. Damit bestätigte die Polizei das gute Ergebnis des Vorjahres. Am schlechtesten schnitten Politiker mit 9 Prozent, Autoverkäufer

(11 Prozent) und Fußballspieler (15 Prozent) ab.

Auch innerhalb Europas belegt die deutsche Polizei einen Spitzenplatz. Lediglich Finnien, Schweden und Schweizer stellten ihre Polizeibeamtinnen und -beamten mit höheren Vertrauenswerten aus. Die russische Polizei belegte abgeschlagen mit nur 16 Prozent den letzten Rang.

Gegenüber der Presse sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut „Meine Kolleginnen und Kollegen spüren

täglich, dass die Menschen ihnen mit Vertrauen gegenüber treten. Viele Politiker registrieren das offenbar nicht. Stattdessen wird der Polizei in vielen politischen Diskussionen mit Misstrauen und Skepsis begegnet und ihr der politische Rückhalt verweigert. Die Bürgerinnen und Bürger dagegen wollen ‚ihre‘ Polizistinnen und Polizisten zum Anfassen und in ihrer Nähe haben. Mit Sparpolitik, Stellenabbau und Zentralisierung verfolgt die Politik das Gegenteil. Das ist eine krasse Fehleinschätzung des Bürgerwillens.“

Schon in den Jahren zuvor hatte die Polizei vergleichbar hohe Vertrauenswerte erzielt. Im Vergleich zu 2010 (78 Prozent) konnte die Polizei sogar noch um einen Prozentpunkt zulegen. **MiZi**

GDP ZU PLÄNEN DER LOCKERUNG DES STRAFVOLLZUGS:**Keine Experimente auf Kosten der Sicherheit**

Als „Experiment auf Kosten der Sicherheit“ hat die Gewerkschaft der Polizei die vom Brandenburger Justizminister Volkmarschöneburg angestoßene Diskussion um eine Lockerung des Strafvollzuges für Schwerekriminelle bezeichnet. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Ein so genannter Langzeitausgang nach fünf Jahren Haft würde das Rechtsempfinden der Bürgerinnen und Bürger schwer er-

schüttern. Wir fragen uns überdies, was auf die Polizei zukommt, wenn solche Langzeiturlaube zur Flucht oder zum Missbrauch führen.“

Resozialisierung, so Witthaut, müsse im Strafvollzug beginnen. „Wir hören aber immer wieder, dass es hierfür an allen Ecken und Enden fehlt. So entsteht der Eindruck, als solle mit der Resozialisierung auf Kosten der Sicherheit der

Bürgerinnen und Bürger experimentiert werden.“

Es bestehe der Verdacht, so der GdP-Chef weiter, dass die Überbelegung vieler Strafvollzugsanstalten und die personelle Unterbesetzung mit Justizvollzugspersonal ein Motiv für diesen Vorstoß sein könnte. Witthaut: „Aus Kostengründen darf die Bevölkerung aber keiner erhöhten Gefahr ausgesetzt werden.“ **hol**



Kampftag oder Feiertag?

Was machen die meisten Deutschen am 1. Mai? Sie machen frei; sie feiern, unternehmen mit Freunden, Familien gemeinsam etwas.

1886 haben Gewerkschafter dafür den Weg bereitet. Damals haben sie am 1. Mai in den USA einen mehrtägigen Generalstreik begonnen, um den Achtstundentag durchzusetzen. Tausende Arbeiter versammelten sich auf dem Haymarket in Chicago. Nach zwei

Tagen eskalierte die Situation. Eine Bombe explodierte, die Polizei geriet in der Dunkelheit in Panik, schoss um sich und soll dabei elf Menschen getötet haben. Das Massaker gilt als Geburtsstunde des Tags der Arbeit.

Seither haben Gewerkschaften für die Arbeitnehmer zäh für

so manches Stück sozialen Fortschritt gerungen.

Heute geht es zwar nicht mehr um den Achtstundentag – wir haben dennoch gravierende Probleme: z. B., dass die Folgen der Finanzkrise immer weiter auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden, dass wir alle sparen sollen auf Teufel komm raus, dass damit jedoch das Wirtschaftsgefüge in Deutschland und Europa keinesfalls gestärkt wird. Viele von uns werden gezwungen, den Euro zweimal umzudrehen. Auch, weil den Arbeitnehmern im vergangenen Jahr bei der Lohnsteuer und den Beiträgen für die Sozialversicherung so tief in die Tasche gegriffen wurde, wie seit 17 Jahren nicht mehr. Ich kann weitere Probleme aufzählen: dass man sich für das Bildungssystem in Deutschland schämen muss, dass junge Menschen mit Perspektivlosigkeit zu kämpfen haben, dass ein Betreuungsgeld von unserer Regierung favorisiert wird, womit Frauen in ihre alte Rolle gedrängt und wichtige Ziele in der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik gefährdet werden,

wie es jüngst in einer gemeinsamen Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes heißt. Nicht zuletzt steht Europa vor einer Zerreisprobe. Und wir haben es gegenwärtig mit einer Regierung zu tun, die aktiv eine unverantwortlich radikale Kürzungspolitik betreibt, die ihren Gipfel in der gesetzlich fixierten Schuldenbremse gefunden hat.

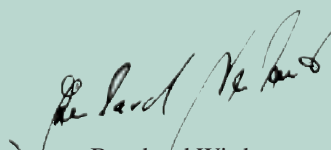
Wir Gewerkschafter hingegen fordern, Geld in die Hand zu nehmen und in die Zukunft zu investieren. Darüber hinaus müssen endlich die Verursacher in die Pflicht genommen werden – womit ich insbesondere Finanzzocker meine. Ansonsten sehen wir die Spirale sich mehr und mehr abwärts drehen – in Deutschland und in Europa. Wir sparen uns schlicht kaputt.

Der 1. Mai ist ein Tag, an dem uns die Macht der gewerkschaftlichen Bewegung wieder bewusst werden sollte. Wer, wenn nicht diese starke Kraft in unserer Demokratie sollte sich sonst für die Belange der arbeitenden Menschen so stark engagieren?

Nur ein ganz simples Beispiel: Wie hoch wäre bei den jüngsten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wohl ein Arbeitgeberangebot ohne den hohen gewerkschaftlichen Druck ausgefallen?

Aber auch feiern muss am 1. Mai drin sein. Ob in der Walpurgisnacht oder unterm Maibaum.

Unser Berufsstand wird wohl in manchen Regionen von der Maibowle wieder mal erst nach Einsätzen zu ritualisierten Aufzügen krawallbereiter Gruppierungen kosten können. Das ist nun mal unser Job. Wünschen wir uns dennoch allen einen weitestgehend friedlichen, erholsamen Feiertag, an dem wir uns aber auch unserer Stärke als Arbeitnehmer bewusst sind – wenn wir denn gemeinsam handeln.



Bernhard Witthaut
GdP-Bundesvorsitzender

Zu: Sichere Straßen auch für schwache Verkehrsteilnehmer, DP 4/12

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT), ein nützlicher und sinnvoller Kongress, oftmals richtungweisend und ziel führend. Für mich ist das Hauptproblem des „Molochs Verkehr“, wie in vielen anderen Bereichen auch, die schleichende Entfernung von der Ordnung. Die Straßenverkehrs-Ordnung wird ihrem Namen eigentlich nicht mehr gerecht.

Jede spezifizierete Verkehrsart legt die Vorschriften so aus, wie sie es für richtig hält. Deshalb auch die ständigen Reibereien zwischen den einzelnen Gruppen. Man lästert immer über eine Gruppe – höher oder tiefer – und zum Schluss der Schwächste, der Fußgänger, über alle. Und da passt es auch ins Bild, dass der Deutsche im Auto sowieso ein anderer Mensch ist.

Außerhalb der Fachdienststellen und sich ständig wiederholender Schwerpunktprogramme wurde und wird schlicht und einfach zu wenig sinnvolle Verkehrsüberwachung betrieben, weil aber auch verständlicherweise die Kriminalitätsbekämpfung Vorrang genießt.

Zusätzlich wurde zu viel toleriert. Erinert sei da nur an den Slogan „Freie Fahrt für freie Bürger“. Und ist der Karren erst mal in den Dreck gefahren, bringt man ihn bei dieser dünnen Personaldecke so schnell nicht wieder heraus. Da helfen auch alle gutgemeinten Programme auf die Schnelle nicht weiter.

Aber trotzdem hätte es auch zu diesen Zeiten und jetzt unter den Augen einer Streifenwagenbesatzung keinen Verkehrsverstoß geben dürfen, der nicht geahndet wurde. Denn sonst geht der Respekt vor der Polizei verloren und die Verkehrsüberwachung den Bach runter.

Günter Klingler, LSV Bayern

Zu: Im Fokus der Medien – Polizei und Pressearbeit, DP 4/12

Dickes Lob und 150 Prozent Zustimmung zu diesem Artikel, der das komplexe Thema „Pressearbeit der Polizei“ umfassend und doch auf einen überschaubaren Umfang komprimiert beleuchtet.

Ich war selbst neun Jahre Pressesprecher bei einem Polizeipräsidium (Ko-



blenz) und kann jede einzelne Zeile des Artikels unterschreiben:

Die Beschreibung der internen und externen Abläufe, des enormen (Zeit-) Drucks und Zwänge auf beiden Seiten, den Exotenstatus des Pressesprechers in den eigenen Reihen, das häufig fehlende Verständnis für die Notwendigkeit und noch mehr für die Chancen einer offensiven Pressearbeit bis hin zu den grundsätzlichen Zweifeln an deren Sinnhaftigkeit und dem immer noch weit verbreiteten Bild vom Journalisten als „natürlichem Feind der Polizei“.

Nach meiner Wahrnehmung belastet vor allem Letzteres das Verhältnis vieler Kolleginnen und Kollegen zu den Medienvertretern: Dass es zur professionellen Aufgabenerledigung der Polizei gehört, die medialen Abläufe und Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft als gegeben zu akzeptieren oder sich zumindest damit zu arrangieren – und dass diese Einsicht nicht zwangsläufig gleichbedeutend damit ist, alles gut und richtig zu finden was auf diesem Gebiet geschieht!

Ich habe mir diese Erkenntnisse über einen Zeitraum von mindestens vier bis fünf Jahren mühsam erarbeiten müssen. Von daher bleibt zu wünschen, dass die Inhalte des Artikels bereits als Basiswissen in die allgemeine polizeiliche Ausbildung einfließen, einschließlich praktischer Situationstrainings für das Zusammenreffen von Polizei und Medienvertretern in Einsatzsituationen aller Art. Zur Pflichtlektüre wird dieser Artikel aber spätestens für alle in der polizeilichen Polizeiöffentlichkeitsarbeit (PÖA) eingesetzten Kolleginnen und Kollegen – und für alle Beamten des Höheren Dienstes bzw. in Führungsfunktionen!

Ralf Schomisch, Andernach, RLP

Zu: Tarifabschluss 2012

Ich bin zwar erst seit knapp drei Jahren im öffentlichen Dienst beschäftigt, und kurz nach Einstieg der GdP beigetreten, habe jedoch in dieser Zeit feststellen können, dass so ziemlich jede Einsparung oder Änderung der Arbeitsbedingungen, auf Kosten der Tarifbeschäftigten am unteren Rand der Einkommenskala geht. Seit Jahren müssen sie Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate und somit

Reallohnsenkungen in Kauf nehmen, die eben jene Gruppe besonders hart treffen.

Und nun mal wieder ein Tarifabschluss, der in den höheren Entgeltgruppen durchaus erfreulich, unterhalb von E 12 eher ein Witz ist.

Ein Tarifbeschäftigter in E 4/3 erhält nach dem Abschluss (STK III) ca. 74 Euro Bruttogehalt mehr. Netto mag das vielleicht 40 Euro ausmachen. Bei einer Inflationsrate (2011) von 2,3 Prozent beträgt der Einkommensverlust netto bereits 36,41 Euro; d. h., unter günstigen Umständen erhält er nun etwa 4 Euro mehr Lohn, die spätestens bei der nächsten Energiepreiserhöhung aufgeessen sind.

Auch die Arbeitnehmer mit geringem Einkommen müssen tanken, um zum Arbeitsplatz zu gelangen.

Eine kleine Umverteilung bei dem getätigten Tarifabschluss hätte dringend Not getan. Weniger Prozente und ein Sockelbetrag von oberhalb 120 Euro wären eine prima Alternative zu dem getätigten Abschluss und, bei entsprechender Aufteilung, kostenneutral erreichbar gewesen.

Aus den Gesprächen mit Mitarbeitern und Kollegen des Tarifs geht klar hervor, dass dieser Abschluss für den „kleinen Mann“ mal wieder ein Schuss ins Kontor war.

Die eindeutige Tendenz, den besser Verdienenden noch besser zu stellen, zeichnet sich auch im öffentlichen Dienst

ab. Solidarität ist jedoch (oder doch?) keine Einbahnstraße.

Die Unzufriedenheit in den unteren Einkommensgruppen steigt weiter, da sich diese Beschäftigten, von der GdP und anderen Gewerkschaften, nicht mehr vertreten fühlen.

Und somit ist es nur verständlich, wenn bereits ausgetretene Kollegen nicht wieder, und neue Mitarbeiter erst gar beitreten.

Detlef Hopp, Neustadt in Holstein

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

*GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de*

BRANDENBURG:

Personalratswahlen in den Polizeidirektionen

Am 14./15. März 2012 wählten die Beamteten der Brandenburger Polizei in den Direktionen jeweils ihren neuen Personalrat. Die GdP hat sich dieser Wahl mit dem Slogan „Mit Kompetenz gegen politische Unvernunft“ gestellt. Insgesamt waren 54 Sitze (50 Beamte, 4 Arbeitnehmer) zu vergeben. Die GdP erreichte insgesamt 39 Sitze, davon 35 bei den Beamten.

Die Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg nimmt dieses Wahlergebnis vor allem als Auftrag, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen unter immer



schwieriger werdenden Bedingungen weiterhin kompetent und mit Nachdruck zu vertreten.

Michael Peckmann



TARIFRUNDE ERFOLGREICH

Zähes Ringen um stattliche Einkommensverbesserungen

Die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen erhalten ab dem 1. März 2012 3,5 Prozent mehr Lohn. Ab dem 1. Januar 2013 kommen 1,4 Prozent hinzu und ab dem 1. August 2013 noch einmal 1,4 Prozent. „Am Ende der vereinbarten Laufzeit von 24 Monaten steht eine stattliche Einkommenssteigerung von 6,3 Prozent – mit Zinseszins sogar 6,42 Prozent. Das ist ein zufriedenstellendes Ergebnis“, kommentierte Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender, das zähe Ringen um Prozente.



Die Große Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft der Polizei bewertet in einem separaten Raum den Fortgang der Verhandlungen. Fotos (4): Rüdiger Holecek

Erst am späten Freitagnachmittag des 30. März 2012 hatte sich der Durchbruch in dem dreitägigen Verhandlungsmarathon angekündigt. Noch Donnerstagabend hatten der Verhandlungsführer des Bundes, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, und der Verhandlungsführer der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes,

Frank Bsirske, den gemeinsamen Willen bekundet, einen Kompromiss zu finden.

Die Großen Tarifkommissionen der Gewerkschaften setzten sich noch am Freitagabend mit dem Ergebnis auseinander. Die Große GdP-Tarifkommission nahm das Ergebnis einstimmig an. Am frühen Samstagmorgen konnte dann die Einigung den ebenfalls übernachtigten

zahlreichen Medienvertretern bekanntgegeben werden. Für zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen hatte sich der Einsatz der Verhandlungspartner gelohnt.

Für die Arbeitgeber des Bundes und der Kommunen war es zu einem gewohnten Bild geworden, dass sie bei der Anfahrt zum Verhandlungsort in Potsdam auch vor der 3. Tarifrunde von einigen hundert Demonstranten lautstark begrüßt wurden.

Die große Beteiligung der Beschäftigten an Warnstreikmaßnahmen und Kundgebungen hatte unmissverständlich gezeigt, dass der Druck auf die Arbeitgeber unaufhörlich zugenommen hatte: In der zweiten Warnstreikwelle, zu der die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aufgerufen hatten, traten bundesweit 215.000 Beschäftigte in den Ausstand. Tausende kamen zu den Kundgebungen und Demonstrationen im ganzen Land.

Für die Gewerkschaft der Polizei nahmen an den Tarifverhandlungen in Potsdam der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, und für den Tarifbereich das zuständige Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, GdP-Geschäftsführerin Alberdina Körner und Pressesprecher Rüdiger Holecek teil.

Die Große Tarifkommission stand bereits am zweiten Verhandlungstag der 3. Runde in Potsdam bereit, um ein zu erwartendes Ergebnis zu bewerten. Sie wurde regelmäßig über den Verhandlungsstand informiert und war somit gut gerüstet, um jederzeit die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und im Geschäftsführenden Bundesvorstand für den Tarifbereich zuständig: „Wir haben es geschafft, die erwarteten Inflationsraten für das laufende und das kommende Jahr auszugleichen und die Reallohnverluste zu stoppen. Der Verzicht auf einen Mindestbetrag fiel uns zwar nicht leicht, aber wir haben ihn durch eine ordentliche lineare Erhöhung



TARIFRUNDE ERFOLGREICH

kompensiert, so dass auch die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen eine spürbare Erhöhung erhalten.“ Auch die Übernahme der Auszubildenden sei zufriedenstellend für die jungen Beschäftigten geregelt.

Das „Urlaubs-Urteil“ des Bundesarbeitsgerichts zur Altersdiskriminierung war von den Arbeitgebern in die Verhandlungen eingebracht worden. Philipp: „Für die Arbeitgeber gehörte dieser Punkt unverrückbar zum Verhandlungspaket. Wir haben aber das Beste daraus machen können. Diejenigen behalten ihre Ansprüche, die bereits im Jahr 2012 einen 30-tägigen Urlaubsanspruch haben. Auch für die über 55-Jährigen besteht nun ein Urlaubsanspruch von 30 Arbeitstagen. Allen übrigen Beschäftigten wer-



Es geht ums Geld: Mindestens 200 Euro sehen so aus, liebe Arbeitgeber in Bund und Kommunen!



GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut und seine für Tarifpolitik zuständige GdP-Vorstandskollegin Kerstin Philipp berichten der Großen GdP-Tarifkommission den letzten Verhandlungsstand.

den zukünftig 29 Urlaubstage gewährt.“

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Das kategorische Nein der Arbeitgeber zu einer sozialen Komponente hat die Verhandlungen von Anfang an stark belastet und den Kompromiss erschwert. Bei einem solchen, unter großen Mühen erzielten Verhandlungsergebnis stellt sich

aber immer die Frage, ob ein Erzwingungsstreik in der Lage wäre, ein besseres Resultat zu erzielen. Die Kolleginnen und Kollegen der Großen Tarifkommission in der GdP sind der Auffassung, dass das maximal Erreichbare auch erreicht worden ist. Bundesinnenminister Friedrich hat zugesichert, sich dafür einzusetzen,

dass das Tarifiergebnis auch für die Beamtinnen und Beamten und Pensionäre übernommen wird.“

Hier die für GdP-Mitglieder relevanten Auszüge der Tarifeinigung vom 31. März 2012:

Teil A Gemeinsame Regelungen für Bund und VKA

1. Lineare Entgelterhöhung

Die Tabellenentgelte (einschließlich der Beträge aus einer individuellen Zwischenstufe und aus einer individuellen Endstufe sowie der Tabellenwerte für die Entgeltgruppen 2 Ü und 15 Ü) werden ab 1. März 2012 um 3,5 Prozent, ab 1. Januar 2013 um weitere 1,4 Prozent und ab 1. August 2013 um weitere 1,4 Prozent erhöht.

2. Auszubildende, Praktikanten Entgelterhöhung:

Die Ausbildungs- und Praktikantentgelte erhöhen sich ab 1. März 2012 um einen Festbetrag in Höhe von 50,00 Euro und ab 1. August 2013 um einen Festbetrag in Höhe von 40,00 Euro.

Übernahme von Auszubildenden:

(1) § 16a TVAöD – Allgemeiner Teil – er-



hält folgende Fassung: Auszubildende werden nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung bei dienstlichem bzw. betrieblichem Bedarf im unmittelbaren Anschluss an das Ausbildungsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten in ein Arbeitsverhältnis übernommen, sofern nicht im Einzelfall personenbedingte, verhaltensbedingte, betriebsbedingte oder gesetzliche Gründe entgegenstehen. Im Anschluss daran werden diese Beschäftigten bei entsprechender Bewährung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Der dienstliche bzw. betriebliche Bedarf muss zum Zeitpunkt der Beendigung der Ausbildung nach Satz 1 vorliegen und setzt zudem eine freie und besetzbare Stelle bzw.

einen freien und zu besetzenden Arbeitsplatz voraus, die/der eine ausbildungsadäquate Beschäftigung auf Dauer ermöglicht. Bei einer Auswahlentscheidung sind die Ergebnisse der Abschlussprüfung und die persönliche Eignung zu berücksichtigen. Bestehende Mitbestimmungsrechte bleiben unberührt.“

Übernahme von Fahrtkosten bei Berufsschulunterricht (TVAöD – BT BBiG): § 10 Abs. 3 TVAöD – Besonderer Teil BBiG – erhält folgende Fassung: „Für den Besuch einer auswärtigen Berufsschule werden die notwendigen Fahrtkosten nach Maßgabe von Absatz 2 Satz 1 erstattet, soweit sie monatlich 6 Prozent des Ausbildungsentgelts für das erste Ausbildungsjahr (§ 8 Abs. 1) übersteigen. Satz 1 gilt nicht, soweit die Fahrtkosten nach landesrechtlichen Vorschriften von einer Körperschaft des öffentlichen Dienstes getragen werden.“

3. Urlaubsdauer

§ 26 TVöD wird wie folgt geändert:
(1) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalender-



Lange und hart verhandelt: (von links) ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, Dr. Thomas Böhle, Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) und der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

woche beträgt der Urlaubsanspruch in jedem Kalenderjahr 29 Arbeitstage und nach dem vollendeten 55. Lebensjahr 30 Arbeitstage.“

(1) Es wird folgende Niederschriftserklärung zu § 26 Abs. 1 vereinbart:
Niederschriftserklärung zu § 26 Abs. 1: Die Tarifvertragsparteien sind bei der Neuregelung übereinstimmend davon ausgegangen, dass für Beschäftigte, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, ein entsprechend höherer Erholungsbedarf besteht. Deshalb ist für diese Beschäftigten ein zusätzlicher Urlaubstag gerechtfertigt.“

§ 15 Abs. 1 TVÜ-Bund/VKA erhält folgende Fassung:

„Der Urlaubsanspruch für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis über den 31. Dezember 2011 hinaus fortbestanden hat und die spätestens am 31. Dezember 2012 das 40. Lebensjahr vollenden, beträgt abweichend von § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD 30 Arbeitstage für die Dauer des ununterbrochen fortbestehenden Arbeitsverhältnisses. Für das Jahr 2012 über den Wortlaut des § 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD in der bis zum 29. Februar 2012 geltenden Fassung zustehende Urlaubsansprüche bleiben für das Jahr 2012 durch die Neuregelung des

§ 26 Abs. 1 Satz 2 TVöD unberührt. Satz 1 und 2 gilt auch für Beschäftigte im Sinne des § 1 Abs. 2.“

4. Pauschalzahlungen für die Jahre 2012 und 2013

Der Tarifvertrag Pauschalzahlung 2011 wird für das Jahr 2012 mit der Maßgabe verlängert, dass die einmalige Pauschalzahlung 300,00 Euro beträgt. Für das Jahr 2013 wird der TV-Pauschalzahlung 2012 verlängert, wenn bis spätestens 1. Januar 2013 keine Entgeltordnung in Kraft tritt.

Teil D Schlusserklärung

Die betroffenen Tarifverträge werden mit Wirkung vom 1. März 2012 in Kraft gesetzt.

Die Mindestlaufzeit für vorstehende Teile A 1, A 2 a, C I 1 und C II ist bis zum 28. Februar 2014.

Die Arbeitgebervertreter erklären, dass von Maßregelungen (Abmahnung, Entlassungen o. ä.) aus Anlass gewerkschaftlicher Warnstreiks, die bis einschließlich 28. März 2012, 24:00 Uhr, durchgeführt wurden, abgesehen wird. Dafür war die Voraussetzung eine rechtmäßige Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regelungen für Arbeitskämpfe.

Kör/hol



Erfahrung gestaltet Zukunft



Älter werden wir alle – allerdings völlig anders, als noch vor 50 Jahren. Dank der gestiegenen Lebenserwartung ist die Chance auf ein langes Leben so hoch wie nie zuvor. Dabei ist die Lebensphase Alter so bunt wie das Leben selbst. Kompetenz, Kreativität und Innovationskraft zeichnen heute die Menschen jenseits der Lebensmitte aus. Ältere Menschen werden, weil auch ihr Anteil an der Bevölkerung wächst, künftig einen neuen Platz in der Gesellschaft der Zukunft einnehmen. Sie erwarten zu Recht, dass ihnen angemessene und passende Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden geboten werden. Die GdP hat damit bereits vor 25 Jahren ernst gemacht.

Schon recht frühzeitig hat sich der Gedanke des Mitgestaltens und Mitentscheidens der „nicht mehr Berufstätigen“ in der GdP verfestigt. Es entwickelten sich Gespür und Pioniergeist für die Belange der Seniorinnen und Senioren in der GdP. Die Seniorengruppe Bund der GdP kann im Mai 2012 ihr 25-jähriges Jubiläum feiern. Dies ist ein Anlass zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen.

1973

„Den besonderen Belangen der Versorgungsempfänger sollte durch einen Sitz im Gewerkschaftsvorstand Rechnung getragen werden, zumal sie auch in beratenden Fachausschüssen und Kommissionen nicht besonders vertreten sind.“

So lautete die Begründung zu Antrag Nr. 1, der auf dem GdP-Delegiertenkongress 1973 in Hamburg angenommen wurde. Grund war einen Versorgungsempfänger als Beisitzer in den Gewerkschaftsvorstand zu integrieren. Beisitzer für Angelegenheiten der Versorgungsempfänger im Gewerkschaftsvorstand waren von 1973 – 1976 – Friedrich Kaleß, LB Schleswig-Holstein, von 1976 – 1987 – Fritz Göbel-Mouget, LB Saarland.

1986

13 Jahre später, im Jahr 1986, auf dem GdP-Bundeskongress in Mannheim, forderte der GdP-Landesbezirk Hamburg mit Antrag B 19, dass die Senioren als satzungsgemäße Personengruppe anerkannt werden. Hinter diesem Antrag des LB Hamburg stand Hans Beßmann, der Vorsitzende der Fachgruppe Pensionäre und Rentner in seinem Landesbezirk.

Die Antragsberatungskommission hat-

te diesen Antrag lediglich als Arbeitsmaterial empfohlen. Damit konnte Hans Beßmann sich nicht zufrieden geben. In überzeugender und eindrucksvoller Weise begründete er seine Forderung gegenüber den Delegierten. Andere Redner unterstützten ihn und selbst der Bundeskassierer der GdP argumentierte zustimmend.

Daraufhin nahmen die Delegierten diesen Antrag einstimmig an. Und so beschloss der Bundeskongress, den § 16 der Bundessatzung dahingehend zu ergänzen, dass zur Förderung der Seniorenarbeit in der GdP eine Seniorengruppe besteht.

1987

Mitte Mai 1987 traf sich im Hildener Gewerkschaftshaus der „Arbeitsausschuss Ruhestandsbeamte“, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, den Kongressbeschluss B 19 von Mannheim „Zur Förderung der Seniorenarbeit besteht eine Seniorengruppe“ umzusetzen. Nach den Wahlen konstituierte sich der Vorstand der Seniorengruppe. Vorsitzender wurde Fritz Göbel-Mouget, Saarland, der bis dahin als Beisitzer für Angelegenheiten der Versorgungsempfänger im Gewerkschaftsvorstand tätig war. Sein Stellvertreter wurde Hubertus Petri, Niedersachsen, Schriftführer Willi Bruelheide, Schleswig-Holstein.

Am 15./16. Juli 1987 beschlossen Bundesvorstand und Bundesausschuss der GdP in gemeinsamer Sitzung die „Zusatzbestimmung für die Arbeit der Seni-

orengruppe“, die zugleich in Kraft trat. Damit waren die ersten Leitlinien für die Seniorenarbeit in der GdP geschaffen.

1988

Auf einer weiteren Sitzung der Bundesseniorengruppe am 4./5. Mai 1988 in Hilden waren die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu § 55 BeamtVG und die gewerkschaftspolitisch zu ergreifenden Maßnahmen das zentrale Thema. Aber auch die Versorgungslücke der lebensälteren Bewerber für den Polizeidienst (man nannte sie auch „Weyeringe“), die bis zum 60. Lebensjahr nicht die volle ruhegehaltstfähige Dienstzeit erreichten und erst ab 65. Lebensjahr zusätzlich ihren Rentenanspruch geltend machen konnten, war Gegenstand intensiver Beratungen.

1990

Die 1. Seniorenkonferenz auf Bundesebene fand am 17./18. Januar 1990 in Siegen statt. Das Konferenz-Motto lautete: „Im Alter mitgestalten“ und war als Angebot und zugleich Verpflichtung für die Mitglieder der Seniorengruppe gesehen worden. Mit 68 fristgemäß eingereichten Anträgen und drei Initiativanträgen zu beamten-, versorgungs- und steuerrechtlichen Fragen hatten sich die rund 140 Delegierten zu befassen.

Zu den Anträgen gehörte auch die Forderung satzungsmäßig zu verankern, dass der Vorstand der Seniorengruppe (GdP) sich aus den gewählten Vorsitzenden der Landesseniorengruppen zusammensetzt.

Zuvor berichtete der Vorsitzende der Seniorengruppe, Fritz Göbel, über die Arbeit der Seniorengruppe seit Gründung im Jahr 1987. Schon damals sah es die Seniorengruppe als eine ihrer Aufgaben an, Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Übertritt in den Ruhestand stehen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Nach Auffassung des Vorstandes der Seniorengruppe könnten Senioren aufgrund ihrer Lebens- und Berufserfahrung den Jüngeren in der Gewerkschaft der Polizei manches mit auf den Weg geben,





Der neugewählte Bundesvorstand auf dem 18. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei in Mannheim.

Foto: Neusch

so Fritz Göbel. Andererseits sei es erfreulich festzustellen, dass die Senioren von den aktiven Kollegen bei vielen Anlässen profitieren.

In seinem Grundsatzreferat betonte der damalige Bundesvorsitzende Hermann Lutz, dass die GdP mit dieser Konferenz einerseits die wachsende Bedeutung der Senioren in der GdP dokumentiere, andererseits käme damit auch der demokratische Wille der Senioren zum Ausdruck, an der Gestaltung der Gewerkschaft der Polizei aktiv mitzuarbeiten.

Auf dem GdP-Bundeskongress im Oktober 1990 in Frankfurt beendete Fritz Göbel im Alter von 80 Jahren seine Tätigkeit im Bundesvorstand.

1991

Nach dem GdP-Bundeskongress 1990 in Frankfurt trat der Vorstand der Seniorengruppe am 22./23. Januar 1991 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, auf der Willi Bruelheide, Schleswig-Holstein, zum Vorsitzenden der Seniorengruppe gewählt wurde, Hubertus Petri, Niedersachsen, als sein Stellvertreter und Olaf Bong, Baden-Württemberg, als Schriftführer.

Auf der Seniorenvorstandssitzung Ende Oktober 1991 konnte Willi Bruelheide erstmals Kollegen aus den „neuen Bundesländern“ begrüßen. Zwischenzeitlich war die Wahl eines stellvertretenden Schriftführers erforderlich geworden. Pe-

ter Glapa, LB Nordrhein-Westfalen, wurde vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

1992

Am 14./15. Oktober 1992 fand in Braunschweig ein außerordentlicher Bundeskongress (Satzungskongress) statt. Als Delegierte oder Gastdelegierte waren

licher setzten sich die Senioren in Redebeiträgen für ihre Belange ein. Die Tatsache, dass die GdP seitdem nicht nur für die beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Beschäftigten der Polizei, sondern auch der ehemals Beschäftigten (Versorgungsempfänger und Rentner) eintritt, unterstreicht den gewachsenen Stellenwert der Senioren in der GdP. Auch die neue Zusammensetzung des GdP-Bundesvorstandes, wonach auch die Vorsitzenden der Personengruppen (JUNGE GRUPPE, Frauengruppe, Seniorengruppe) zum Bundesvorstand gehören, wurde als weiterer Erfolg gewertet.

1994

Unter dem Motto „Das Alter absichern“ erfolgte die 2. Bundesseniorenkonferenz, die am 11. und 12. April 1994 in Kiel war. 110 Delegierte berieten 78 Anträge, die sich überwiegend mit Forderungen nach sozialen Verbesserungen für Polizeibeschäftigte im Ruhestand oder ihrer Hinterbliebenen auseinandersetzten. Mit der Einheit Deutschlands hatte sich auch die Bundesseniorenkonferenz vergrößert, damit die Landesbezirke der fünf neuen Bundesländer angemessen repräsentiert waren.

Gemäß seinen Richtlinien wählte der



Foto: GdP

Seniorengruppe Bund bei der Arbeit: Themen verschiedenster Art wurden erörtert.

zwar viele Senioren anwesend, kritisiert wurde jedoch, dass die Anzahl dieser Delegierten, wie auch auf den ordentlichen Kongressen, nicht der entsprechenden Mitgliederstärke entsprach. Umso deut-

Vorstand der Seniorengruppe (Bund) aus seiner Mitte die Geschäftsführung: Als Vorsitzender wurde Willi Bruelheide, Schleswig-Holstein, bestätigt, stellvertretender Vorsitzender wurde Peter Gla-



25 JAHRE SENIORENGRUPPE

pa, Nordrhein-Westfalen gewählt, als Schriftführer Olaf Bong, Baden-Württemberg, wieder gewählt und dazu neuer stellvertretende Schriftführer, Reinhard Dörr, Saarland.

1998

„Senioren – aktive Kraft in der Gesellschaft“. Unter diesem Motto tagte die 3. Bundesseniorenkonferenz der GdP vom 22. bis 24. April 1998 in Saarbrücken.

In seiner Eröffnungsrede hob Dieter Wimmer vom Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand hervor, dass in Abänderung der Arbeitsrichtlinien für die Seniorengruppe erstmals ein Geschäftsführender Bundesseniorenvorstand aus dieser Konferenz gewählt wird.

Willi Bruehlheide hatte aus Altersgründen auf eine Wiederwahl für den Vorsitz verzichtet. Er wurde durch den damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Lutz für seine langjährige gewerkschaftliche Arbeit mit der Werner-Kuhmann-Medaille geehrt.

Die Delegierten wählten Heinz Blatt, Rheinland-Pfalz, als ihren neuen Vorsitzenden. Ihm zur Seite standen als stellvertretender Vorsitzender Olaf Bong, Baden-Württemberg, sowie Günther Martens, Sachsen-Anhalt, als Schriftführer.

„Für den gewerkschaftlichen und polizeilichen Nachwuchs sind wir der lebende Beweis, dass sich gewerkschaftliches Engagement lohnt“, betonte der neue Bundesvorsitzende der Seniorengruppe (Bund), Heinz Blatt, in seinem Schlusswort zur 3. Bundesseniorenkonferenz.

Im Juli 1998 konnte auch verzeichnet werden, dass das Seniorenjahrbuch in der GdP-Fach- und Mitgliederzeitschrift nunmehr seit 10 Jahren erschienen war. Die Ausgabe August 1998 war gleichzeitig auch die 25.

1999

Einen besonderen Service für ihre älteren Mitglieder bot die GdP im „Internationalen Jahr der Senioren“. Angeregt vom Bundesseniorenvorstand und beschlossen vom Geschäftsführenden Bundesvorstand war vom 22. bis 27. Oktober 1999 die 1. Bundesseniorenfahrt, eine Schiffsreise auf der Donau nach Budapest.

2000

„Auf nach Ischia!“ Das war das Motto der Millenniumsfahrt der Bundessenioren. Die gute Resonanz der Bundesse-

niorenfahrt auf der Donau gab Veranlassung vom 14. bis 21. Oktober 2000 erneut eine einwöchige touristische Fahrt der Bundessenioren mit gewerkschaftspolitischer Begleitung anzubieten.

2002

„Generationengerechtigkeit sichern helfen“ – war das Motto der 4. Bundesseniorenkonferenz der GdP, die am 10. und 11. April 2002 in Bayreuth stattfand. 111 Delegierte, Gastdelegierte und zahlreiche Gäste aus dem ganzen Bundesgebiet befassten sich zwei Tage lang mit Themen der aus dem Polizeidienst ausgeschiedenen Polizeibeamten und Tarifbeschäftigten. Schwerpunkt der Diskussionen war die Sorge um die soziale Situation der Polizeibeschäftigten im Alter, bedingt durch die Umbrüche in der Altersversorgung, der Beihilfe, der Krankenversicherung und dem Steuerrecht.

Heinz Blatt wurde als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt, stellvertretender Vorsitzender wurde Artur Jung, Saarland. Als Schriftführer wurde Olaf Bong, Baden-Württemberg, gewählt.

„Was man uns heute nimmt, werden die Jüngeren später erst gar nicht bekommen“, mahnte der mit 100 % der Stimmen wiedergewählte Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt in seiner kämpferischen Rede vor den Delegierten an die Adresse der jungen Generation in der Polizei. An anderer Stelle äußerte er sich zum Selbstverständnis der Seniorengruppe (Bund): „Wir sind kein Freizeit-Gestaltungs-Verein, sondern stellen innerhalb der GdP eine aktive Kraft dar.“

Als einen „schwarzen Freitag“ für die Versorgungsempfänger, aber auch für die versorgungsnahen Jahrgänge hatte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg in seiner Rede auf der 4. Bundesseniorenkonferenz den 1. Januar 2002 bezeichnet. An diesem Tag trat das Versorgungsänderungsgesetz 2001 in Kraft, das harte Einschnitte in die Versorgung vorsah und das Vertrauen nicht nur der Versorgungsempfänger, sondern auch der aktiven Beamten in den Gesetzgeber erschütterte.

2003

Ein Novum war zu vermelden: Zu einer ersten gemeinsamen Sitzung trafen sich die Geschäftsführenden Vorstände der Seniorengruppe (Bund) und der Jungen Gruppe am 3. Juli 2003 in der Berliner Bundesgeschäftsstelle, um Er-



COP® Specials Mai / Juni 2012 *Gültig vom 20.04. - 30.06.12

NEU! COP® Shop in Frankfurt am Main
Schloßstr. 83/Bockenheim, Tel. 069-71918125 **FRANKFURT**
NEU! COP® Partner in Dortmund
Westenhellweg 122, Telefon 0231-162357 **DORTMUND**

1 Stiefel Under Armour Tactical Valsetz
Art.-Nr. UA1224003-Größe US (schwarz)
Art.-Nr. UA1224003B-Größe US (beige)
Farbe: schwarz und beige
Größen: US 8 - 13, 14 (EU 41 - 48,5)
Sportlicher leichter Stiefel von Under Armour® mit Mesh-Material (nicht wasserdicht)
Dämpfung: 6 mm Cartilage Gel Einsatz.

Aktionspreis €99,90
statt 129,95*

US-Größe an die Artikelnummer anfügen

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5

2 Halbschuh Under Armour Tactical Mirage
Art.-Nr. UA1201539-Größe US
Farbe: schwarz
Größen: US 8 - 15 (EU 41 - 49,5)
Sportlicher leichter Einsatzschuh von Under Armour® mit 6 mm Cartilage Gel Dämpfung.

Aktionspreis €69,90
statt 89,95*

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14	15
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5	49,5

3 traser® H3 Armbanduhr P6600 MIL-G Shadow
Art.-Nr. 560P6600
Farbe: schwarz; Durchmesser 45mm
Stärke: 12mm
Gewicht: 80 g mit Rubberarmband
Aussengehäuse glasfaserverstärkter Kunststoff, Innengehäuse Stahlcontainer
• Uhrwerk: 517.6 DD Quarz,
• PVD-beschichtete drehbare Stahllinette mit grauen Ziffern
• Mineralglas K1
• Wasserdichtigkeit 200m/20 bar,
• Rubberarmband

Aktionspreis €239,90
statt 279,95*

Mit selbstleuchtenden trigalight®-Einlagen

4 Einweghandschuhtasche COP® 1100
Art.-Nr. 21100
Farbe: schwarz; Material: 900D Polyester
Hochwertige Gürteltasche für Einweghandschuhe mit zwei getrennten Fächern für je ein Paar Einweghandschuhe sowie Einsatzhandschuhe, die quer im Holster getragen werden.

Aktionspreis €7,90
statt 12,95***

Lieferung ohne Handschuhe

5 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Full Tee
Art.-Nr. UA10053845-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA1005384N-Größe (navy)
Art.-Nr. UA1005384B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1005384O-Größe (oliv)
Farben: schwarz, oliv, navy, schwarz
Größen: S - 3XL; Material: 100% Polyester.
Kurzürmeliges, hochfunktionelles Funktions-shirt mit HeatGear® Technologie.

Aktionspreis €19,90
statt 29,95*

6 Under Armour® Tactical "BFL" HeatGear® Basecap
Art.-Nr. UA1219732-S (schwarz)
Art.-Nr. UA1219732-O (oliv)
Farben: schwarz und olivgrün
Größe: Einheitsgröße - stufenlos verstellbar
Material: 100% Polyester. Auf der Vorderseite ein großer Druck des Under Armour® Logo hinterlegt mit den Farben der U.S. Flagge. Mit verstellbarem Klettband für die Größenanpassung.

Aktionspreis €15,90
statt 24,95*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de



COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

*** ehemaliger Verkaufspreis
* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2012

25 JAHRE SENIORENGRUPPE



Fritz Göbel †
(Saarland)
13. Mai 1987 bis
Dezember 1990



Willi Bruelheide
(Schleswig-Holstein)
22. Januar 1991 bis
24. April 1998



Heinz Blatt
(Rheinland-Pfalz)
24. April 1998 bis
24. April 2006



Artur Jung
(Saarland)
24. April 2006 bis
19. April 2010

fahrungen zwischen den „Jungen“ und „Alten“ auszutauschen, die Mitgliederbetreuung „vor Ort“ – insbesondere der jüngeren Kolleginnen und Kollegen – einer kritischen Betrachtung zu unterziehen bzw. neu zu überdenken und nach Wegen zu suchen, um gerade die jüngeren Kollegen von der Notwendigkeit gewerkschaftlichen Engagements zu überzeugen.

Vom 29. August bis zum 7. September 2003 fand die 3. Bundesseniorenfahrt als Flusskreuzfahrt auf der Wolga statt, mit Besuch der Metropolen St. Petersburg und Moskau. Die neuntägige Reise bot Geschichte und Geschichten für die 175 Seniorinnen und Senioren, eine unvergessliche landschaftliche Vielfalt und ein gewerkschaftliches Begleitprogramm, das neben dem touristischen Teil der Reise Gelegenheit bot, sich über seniorenspezifische Fragen zu informieren.

2004

Im Oktober 2002 hatte der GdP-Bundeskongress in Magdeburg mit Annahme des Antrag E 53 die Entwicklung eines Senioren-Programms beschlossen. Das war zugleich Arbeitsauftrag für den Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand und den Bundesseniorenvorstand. Es wurde eine Arbeitsgruppe einberufen, die im April 2003 damit begann, ein solches Programm zu erarbeiten, mit dem für die Zukunft der Platz für die „Seniorenarbeit vor Ort“ – innerhalb der GdP – neu bestimmt werden sollte.

Auf seiner Sitzung am 27./28. April 2004 in Berlin konnte der Bundesseniorenvorstand das „Aktivprogramm für Senioren“ (APS) verabschieden und dem Geschäftsführenden Bundesvorstand mit der Empfehlung zuleiten, es als Umset-

zung des Kongressbeschlusses E 53 aus Magdeburg anzunehmen, was dieser auch tat.

Die 4. Bundesseniorenfahrt führte in der Zeit vom 27. September bis 11. Oktober 2004 in die Ferienanlage „Sunny Day“ im Seebad „St. Constantine“ in Varna/Bulgarien. „Den Alltag hinter sich lassen, Energie tanken, die vielfältigen

der das Gemeinschaftsgefühl der Seniorinnen und Senioren gestärkt wurde.

Die 5. Bundesseniorenfahrt war 2005 mit rund 250 Teilnehmern an der türkischen Riviera. Das Muster der vier vergangenen Reisen wurde beibehalten: gewerkschaftliche Informationen, Kultur und Landschaftserlebnisse mit Spaß zu verbinden.



2006

„Lust auf Leben – auch im Alter!“, so lautete das Motto der 5. Bundesseniorenkonferenz, die vom 24. bis 25. April 2006 in Dresden stattfand. Der scheidende Bundesseniorenvorsitzende Heinz Blatt untermauerte in seiner Rede den Anspruch der älteren Generation, in dieser Gesellschaft einen fundierten Platz einnehmen zu können und forderte nachdrücklich die Generationen-

Möglichkeiten zur Entspannung in der Hotelanlage und die herrliche Landschaft genießen“, war die Empfehlung des Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt bei seiner Begrüßungsansprache. Es wurde wiederum eine erlebnisreiche Reise, bei

gerechtigkeit ein. Abschließend appellierte er an die Delegierten und Gäste: „Wir müssen begreifen, dass der demografische Wandel keine Bedrohung, sondern eine Chance ist, die es kreativ zu nutzen gilt. Wir brauchen in der Gesellschaft, in



25 JAHRE SENIORENGRUPPE

der Wirtschaft, Arbeitswelt, Gewerkschaft und der Politik das Miteinander der Generationen. Wir brauchen die spezifische Kompetenz der Älteren, ihr Wissen um soziale Zusammenhänge, ihre Weitsicht und Umsicht beim Lösen von Problemen. Wir brauchen aber auch die Dynamik und Risikofreude der Jüngeren, die nach Veränderung drängen. Sagen wir ‚Ja‘ zu unserer Vergangenheit, zu unserem Älterwerden – und zu unserer Zukunft. Sehen wir im Älterwerden eine Chance.“

Zum neuen Bundesseniorenvorsitzenden wählten die Delegierten Artur Jung, Saarland. Sein Stellvertreter wurde Wolfgang Jung, Sachsen-Anhalt, und Schriftführer Rainer Blatt, Rheinland-Pfalz. Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Vorstandes fand am 4./5. Juli 2006 in der Berliner Geschäftsstelle der GdP statt.

Vom 2. bis 16. September 2006 führte die 6. Bundesseniorenreise wieder in die Türkei. Diesmal war die südliche Ägäis das Ziel und hier das Hotel „Marmaris Palace“ im gleichnamigen Ort. Die Vorfreude war groß. Aber kurz vor Reisebeginn zündeten Terroristen in Marmaris drei Bomben. Ein großer Teil der Angemeldeten verzichtete daraufhin auf diese Reise. Diejenigen, die dennoch fuhren, haben allerdings einen zauberhaften Urlaub in traumhafter Umgebung erlebt.

2007

Das Seniorenjournal widmete seine Ausgabe 6/2007 einem Rückblick auf 20 Jahre Seniorengruppe (Bund) durch den ausgeschiedenen Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt.

Im September 2007 fand die 7. Bundesseniorenreise nach Sonnenstrand (Bulgarien) statt. Ein Jahr später reisten die Seniorinnen und Senioren vom 21. Oktober bis 4. November 2008 nach Hammamet (Tunesien). 2009 trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 9. Bundesseniorenreise wieder in Bulgarien am Goldstrand.

2010

„Leben gestalten – Senioren übernehmen Verantwortung“ – so lautete das Motto der 6. Bundesseniorenkonferenz, die am 19. und 20. April 2010 in Potsdam stattfand. Der scheidende Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung resümierte, dass die Seniorengruppe sich in den zurück liegenden vier Jahren z. B. intensiv für die Verbesserungen der

Alters- und Gesundheitsversorgung eingesetzt habe. „Zudem haben wir durch das online verfügbare ‚Aktivprogramm für Senioren (APS)‘ den Service für unsere Mitglieder deutlich verbessert.“

Die Delegierten wählten Anton Wiemers, Nordrhein-Westfalen, zum neuen Vorsitzenden der Bundesseniorengruppe. Als er sich den Delegierten vorstellte, nannte er vier Begriffe, die für ihn Programm sind: Bildung, Bewegung, Beratung und Begegnung. Sein Stellvertreter wurde Frank Poster, Schleswig-Holstein. Sigrid Graedtko, Brandenburg, wurde als Schriftführerin gewählt.

Die 10. Bundesseniorenfahrt führte vom 15. September bis 1. Oktober nach Spanien an die Costa de la Luz („Küste des Lichts“). Wie bei allen Seniorenfahrten gab es auch hier, neben der umfassenden Betreuung, ein vielfältiges und buntes GdP-Programm mit Referaten, gewerkschaftspolitischen Diskussionsrunden und geselligen Veranstaltungen, die die 10-jährige Jubiläumsreise zu einem unvergesslichen Erlebnis gemacht hat.

2011 ging die 11. Bundesseniorenfahrt der GdP vom 29. September bis 13. Oktober 2011 nach Menorca, dem Sylt Spaniens.

2012

Am 10. und 11. Mai 2012 findet die Feier zum 25-jährigen Jubiläum der Bundesseniorengruppe in Berlin statt. Neben dem Bundesseniorenvorstand, den ehemaligen Vorsitzenden und dem GdP-Bundesvorstand sind die Vorstände der Seniorengruppen der GdP-Landesbezirke/Bezirke, sowie zahlreiche andere Gäste eingeladen. Festredner wird der ehemalige GdP-Bundesvorsitzende Hermann Lutz sein.

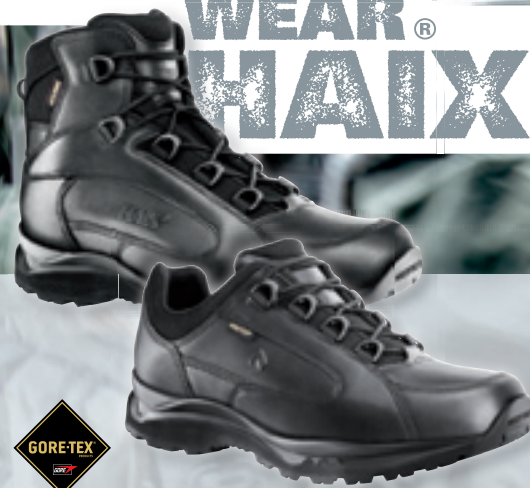
Unter dem Titel: „Erfahrung gestaltet Zukunft“ hat die Bundesseniorengruppe aus Anlass ihres 25-jährigen Bestehens ein Thesenpapier beschlossen, in dem Forderungen zu gewerkschaftlichen, aber auch zu gesellschaftlichen Themen ihren Niederschlag finden. Die „Seniorenpolitischen Schwerpunkte“ werden auf der 25-Jahr-Feier durch den Vorsitzenden der Bundesseniorengruppe GdP vorgestellt.

Die 12. Bundesseniorenfahrt wird vom 14. bis 30. September 2012 stattfinden. Sie führt wieder nach Bulgarien – in das Clubhotel Miramar Obzor Beach.

Horst Müller



**HEROES
WEAR®
HAIX**



DAKOTA MID BLACK DAKOTA LOW BLACK

Leichter, sportlicher Allrounder
für das ganze Jahr

- > Wasserdicht und atmungsaktiv durch GORE-TEX®
- > Orthopädische Unterstützung des Mittelfußes
- > HAIX® Klima System
- > Langlebige, rutschfeste Gummi-sole mit PU Dämpfungскеil

10,- €

Unser Geschenk an Sie!

Ab einem Mindestbestellwert von 50,- € beim Kauf auf

www.haix-webshop.de

Geben Sie bei der Bestellung den Gutschein-Code ein:

fegidu62
Gültig bis 30.06.2012

HAIX®-Schuhe Produktions- und Vertriebs GmbH
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg,
T. +49 (0) 87 51/86 25-0, info@haix.de

www.haix.com

Das Geschäft mit den „Freunden“

Mit Facebook, MySpace, StudiVZ oder Xing u. a. sind soziale Netzwerke entstanden, die Möglichkeiten für weltweite individuelle und öffentliche Online-Kommunikation bieten. Einige dieser Netzwerke boomen, manche schwächeln. Über 22 Mio. Menschen nutzen in Deutschland z. B. Facebook; das Durchschnittsalter hier liegt bei 29,7 Jahren. Weltweit lag Facebook Ende 2011 bei 798,9 Mio. Nutzern. Eine völlig neue Web-Welt mit interessanten Chancen und Möglichkeiten. Allerdings: Was sich diese Kommunikationsplattform einmal einverleibt hat, gibt sie nicht mehr her und verwertet sie entsprechend ihrer Nutzungsbedingungen, die mit deutschem und europäischem Recht so gar nicht zusammengehen. Auf jeden Fall sollte jeder, der sich in die Fänge von Facebook und Co. begibt, die Risiken kennen.

Mache ich mit bei Facebook oder nicht? Die kommunikativen Möglichkeiten sind verlockend. Aber wiegen sie die Risiken auf? Welche gibt es überhaupt?

absichtslos stehen? Also mitgemacht! Schnell noch die Nutzungsbedingungen angeklickt und schon kann es los gehen mit der nahezu unbegrenzten Kommunikation.

Dass der Nutzer mit dem Klick auf das Häkchen beispielsweise gerade all seine Urheberrechte abgetreten hat, dämmerte schon so manchem erst später. In diesen Nutzungsbedingungen steht nämlich beispielsweise, dass der Nutzer für Fotos und Videos dem sozialen Netzwerk eine gebührenfreie weltweite Lizenz für die Nutzung jeglicher Inhalte überträgt. Das heißt nichts an-

klar werden, wenn er sich diesen gigantischen Aufwand zur Auswertung anschaut.

Mit deutschem und europäischem Recht ist all das kaum vereinbar. Hier wird nicht nur das Urheberrecht ausgehebelt, sondern auch der Datenschutz (s. dazu auch das nebenstehende Interview).

Facebook kann (fast) alle finden

Aber es geht noch weiter: Jüngst hat das Berliner Landgericht den Facebook-Freundfinder kritisiert. Darüber werden z. B. Mail-Adressen und Telefonnummern auch von Nicht-Facebook-Mitgliedern ausgelesen, wenn Nutzer ihr E-Mail-Adressbuch für Facebook freigeben. So können gezielt Nichtmitglieder kontaktiert werden.

Darüber hinaus wird die Gesichtserkennung von deutschen Juristen und Datenschützern kritisiert. Facebook macht es nämlich möglich, Gesichter auf Fotos oder Videos miteinander zu vergleichen – selbst einzelne aus einer Gruppe. Und wenn dann irgendwo ein Name zu diesem Gesicht in Facebook steht, dann ist der- oder diejenige identifiziert – auch dann, wenn er oder sie überhaupt nicht zur Facebook-Community gehört.

Dann gibt es noch diesen Facebook-Cookie. Das ist eine kleine Datei, die sich an die Rechner der Nutzer heftet. Geht der Nutzer auf eine Seite mit dem inzwischen sattsam bekannten „Gefällt mir“-Button, kann Facebook seine Spur verfolgen. Auch dann, wenn er den Button überhaupt nicht anklickt.

Daten für die Ewigkeit

Und: Nichts geht verloren. Was Facebook einmal in den Fängen hat, gibt es nicht wieder her. Es gehört ihm. Ob es ein tränenreicher Bericht über persönliches oder gar intimes Ungemach ist oder auch ein Filmchen von der letzten feuchtfröhlichen Fete, das den „Filmriss“ eines „Freundes“ dokumentiert. Das kann nicht nur äußerst peinlich werden, sondern auch erhebliche berufliche Auswirkungen haben – wenn z. B. ein künftiger Arbeitnehmer den Bewerber vorab in Facebook aufspürt ...

Wer als Polizeikollegin oder -kollege erwägt, auch mal verdeckt zu ermitteln, sollte in Facebook nicht unbedingt mehrfach porträtiert zu finden sein. Wie gesagt: Das Netz vergisst nichts und über die Ge-



Facebook steht immer wieder in puncto Datenschutz in der Kritik.
Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Was inzwischen wohl bei jedem Nutzer angekommen sein dürfte: Facebook macht das große Geschäft mit den Daten seiner Mitglieder. Es vergoldet sie zu enormen Geschäftsgewinnen. Und das insoweit völlig legitimiert, als es sich genau das von den Mitgliedern genehmigen lässt – und zwar in den Nutzungsbedingungen. Die müssen nämlich in Gänze anerkannt werden. Wer das nicht tut, kann nicht mitmachen.

Freiwillig rechtlos

Die Facebook-Philosophie munde geradezu simpel an – etwa in dem Sinne: Wir sind doch alle eine große Gemeinschaft in dieser wundervollen virtuellen Welt, wir mögen uns, haben viel Spaß und keine Geheimnisse voreinander ... Wer möchte da

anderes, als dass Facebook damit machen kann, was immer es will.

Ein anderes Beispiel aus den Nutzungsbedingungen: Da ist u. a. eine Einwilligungserklärung formuliert, mit der die Nutzer der Datenverwertung für Werbezwecke zustimmen. Eine Wahlmöglichkeit gibt es nicht. Kein Häkchen also, mit dem man diese Option abwählen kann. Auch hier gilt: entweder alles akzeptieren oder nicht mitmachen. Denn Facebook braucht all diese Daten, weil genau hier das große Geschäft liegt. In Schweden, fast am Polarkreis, baut Facebook gegenwärtig auf einer Fläche so groß wie 12 Fußballfelder ein Datencenter. Dort wird sortiert, verknüpft, selektiert und bewertet, was die Nutzer an Daten so einspeisen. Wie wertvoll diese Daten sind, dürfte auch dem letzten Facebook-Mitglied





Barbara Körffer,
Referatsleiterin beim
ULD für den
Bereich
Polizei

sichtserkennung kann jeder jederzeit fündig werden.

Das sind nur einige Risiken, die Facebook-Nutzer eingehen. Aber allein dieses Wissen steigert nicht gerade das Vertrauen in Facebook.

Wer sich auf Facebook einlässt, sollte sich also genauestens informieren, inwieweit Nutzen und Risiko miteinander vereinbar sind.

Der GdP-Bundsvorstand holte sich auf seiner Klausurtagung Mitte März in Potsdam vom Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein (ULD) eine kompetente Beraterin: Barbara Körffer, Referatsleiterin beim ULD für den Bereich Polizei, beleuchtete Facebook aus rein datenschutzrechtlicher Sicht.

Danach drängte sich nicht nur mir der Gedanke auf, die hehren Worte von weltumspannender Kommunikation, die die Menschen einander näher bringen kann, bezeichnen zunehmend ein Nebenprodukt. Man fühlt sich irgendwie hintergangen.

Letztendlich muss jeder für sich entscheiden, inwiefern er auf Facebook aktiv wird und sich verwerten lässt. Die GdP (Bund) nimmt vorerst Abstand.

DP sprach im Anschluss an den überaus erhellenden Vortrag mit Barbara Körffer.

Frau Körffer, sind Sie Facebook-Nutzerin?

Nein. Zum Glück war es bis jetzt für

Laut einer vom Institut für Marktforschung und Meinungsforschung TNS Infratest durchgeführte Studie Digital Life sind nur etwa ein Viertel der Befragten der Auffassung, dass bei den sozialen Netzwerken die Vorteile gegenüber möglichen Bedenken mit Blick auf die persönlichen Daten überwiegen.

mich nicht nötig: Meine privaten Kontakte laufen noch ganz klassisch über Telefon und E-Mail.

Wie sieht das Meinungsbild der deutschen Datenschützer aus? Ist Facebook kriminell?

Facebook muss, wenn es seine Dienste in Deutschland und Europa anbietet, das deutsche und europäische Datenschutzrecht einhalten. Dies ist in vielen Punkten nicht gewährleistet.

Welches sind Ihre wesentlichsten Kritikpunkte?

Facebook sammelt im großen Umfang Daten über seine Nutzer und wertet diese aus, um es Werbekunden zu ermöglichen, ihre Anzeigen gezielt an interessierte Nutzer zu richten. Dabei werden nicht nur die Daten aus dem Facebook-Profil genutzt, sondern auch das Nutzungsverhalten auf Seiten von Facebook sowie auf anderen Webseiten analysiert, auf denen Facebook z.B. durch Social-Plugins wie dem „Gefällt mir“-Button eingebunden ist. Hinzu kommen spezielle Funktionalitäten wie etwa die Gesichtserkennung. Von einer wirksamen Einwilligung der Nutzer kann man nicht sprechen; hierfür fehlt es in den Geschäftsbedingungen an Transparenz und an ausreichenden Wahlmöglichkeiten, bestimmte Funktionen abzuschalten oder etwa das Netzwerk insgesamt nur unter Pseudonym zu nutzen.

Sie haben in Ihrem Vortrag explizit darauf hingewiesen, dass die Spur der Facebook-Nutzer im Netz über den „Gefällt mir“-Button möglich wird. Wie funktioniert das genau?

Facebook ist über den „Gefällt mir“-Button auf den Webseiten anderer Betreiber eingebunden. Da dieser Button im Regelfall direkt von Facebook für die Webseite geladen wird, kommuniziert Facebook direkt mit dem Nutzer. Facebook verwendet dabei einen Cookie, der für zwei Jahre auf dem Rechner des Nutzers verbleibt und mit dessen Hilfe der Rechner für Facebook jederzeit wieder erkennbar ist. Hat der Nutzer einen Facebook-Account, stellt Facebook hierzu eine Verknüpfung her.

Datenlöschungen sind bei Facebook nicht vorgesehen. Gibt es dennoch Möglichkeiten, Inhalte herausnehmen zu lassen oder sich nachträglich zu schützen?

Nachträglicher Schutz ist bei Veröffentlichungen im Internet in der Regel schwer zu erreichen. Denn es hängt nicht nur davon ab, ob der Webseitenbetreiber, bei dem eine Information erstmals veröffentlicht wurde, diese löscht. Vielfach ist

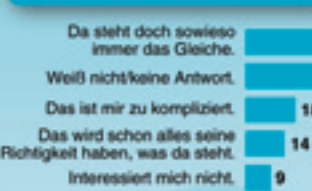
Nur noch die AGBs akzeptieren...

Umfrage unter Onlinenutzern in Deutschland
Angaben in Prozent

Lesen Sie die Nutzungsbedingungen von Online-Angeboten wie Facebook oder Google, bevor Sie zustimmen?



Warum stimmen Sie ihnen zu, ohne sie zu lesen?



Sind die Nutzungsbedingungen absichtlich kompliziert formuliert, damit die durchschnittlichen Benutzer sie nicht verstehen und sich die Anbieter immer ein Hinterlärchen offen halten?



Ein Großteil der Bundesbürger geht schlampig mit den Nutzungsbedingungen der Online-Anbieter wie Google oder Facebook um, geht aus einer Umfrage des Beratungsunternehmens Faktenkontor hervor. Doch Nutzer sollten lieber misstrauisch sein, denn viele Betreiber von Plattformen oder Anbieter von Apps auf Handys oder Tablet-PCs holen sich mit den Nutzungsbedingungen den Zugriff auf viele Informationen des Nutzers.

Grafik: Karen Losacker

eine Information bis dahin längst weiter verbreitet worden und auf anderen Seiten veröffentlicht. Gerade soziale Netzwerke bieten die Möglichkeit der schnellen und einfachen Verbreitung. Eine solchermaßen verbreitete Information nachträglich wieder „aus dem Netz zu nehmen“ ist nahezu unmöglich.

Wie geht Deutschland/Europa gegen solche eklatanten Verstöße gegen europäisches Recht vor?

Es sind auf mehreren Ebenen Maßnahmen getroffen worden. Etwa von Seiten der Verbraucherschützer, die jüngst eine Untersagung des Freunde-Finders beim Landgericht Berlin erstritten haben. Die



Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben einstimmig die Anbieter von sozialen Netzwerken aufgerufen, bestimmte Vorgaben des Datenschutzrechts einzuhalten. Daneben haben sie die öffentlichen Stellen in Deutschland aufgefordert, auf ihren Webseiten keine so genannten Social-Plugins wie den „Gefällt mir“-Button zu nutzen. Einzelne Datenschutzbehörden haben Webseitenbetreibern die Nutzung von solchen Angeboten untersagt. In Schleswig-Holstein sind Verfahren beim Verwaltungsgericht gegen Unternehmen wegen der Nutzung so genannter Fanpages bei Facebook anhängig.

Was ist perspektivisch geplant, damit Facebook datenschutzrechtlich sicherer wird?

Datenschutz in sozialen Netzwerken und insgesamt im Internet ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam gelöst werden kann. Hier sind die Betreiber von sozialen Netzwerken und Webseiten ebenso gefragt wie deren Nutzer, die Datenschützer, die Verbraucherschützer, die Gerichte und nicht zuletzt die Politik. Unsere heutigen Datenschutzgesetze stammen überwiegend aus einer Zeit, in der das Internet noch keine große Rolle gespielt hat. Sie müssen dringend an die heutige Realität der Datenverarbeitung angepasst werden.

Wie realistisch sind künftige Lösungen?

Die Sicherstellung von Datenschutz im Internet ist eine Herausforderung, für die es keine schnellen Lösungen gibt. Es ist ein Prozess, der schon längst begonnen hat und angesichts der Dynamik des Internets sicherlich nie an einem Punkt wirklich zu Ende sein wird.

Haben Sie eine Empfehlung, wie man Facebook relativ sicher nutzen kann?

Als Facebook-Nutzer hat man viele Möglichkeiten, mit seinen Daten entweder großzügig oder eher sparsam umzugehen. Dies beginnt mit der Einstellung des Profils. Möchte man seine Daten nicht mit allen Nutzern teilen, sollte man nur Freunden den Zugriff auf das Profil erlauben. Auch beim Einstellen von Inhalten sollte man vorsichtig sein. Kommentare, Fotos und Videos sind schnell gepostet – sie wieder restlos aus dem Internet zu entfernen ist dagegen schwierig. Wichtig ist auch, die Nutzungsbedingungen im Blick zu behalten. Durch unscheinbare Änderungen werden oftmals neue Funktionen eingeführt, wie etwa vor einiger Zeit die sogenannte Timeline. Alle Vorsicht beim Umgang mit den eigenen Daten kann aber nicht verhindern, dass Facebook wie beschrieben die Daten langfristig speichert und auswertet. *tez*

V-Leute in Führung abgeschaltet:

GdP unterstützt Weg zu NPD-Verbot

Auf einer Berliner Sonderkonferenz haben sich die Innenminister von Bund und Ländern bereits Ende März auf die Voraussetzungen für ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren verständigt und beschlossen, die Vertrauensleute des Verfassungsschutzes in den NPD-Führungsebenen zum 2. April abzuschalten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, mahnte indes, den Fokus nicht allein auf ein NPD-Verbot zu legen. „Wir müssen den brandgefährlichen Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen – und dazu gehören ebenso die Inlandsnachrichtendienstliche.“ Rechtsextreme Subkulturen – wie die „Unsterblichen“ oder freie Kameradschaften – gewinnen laut Witthaut drastisch Oberwasser. „Mit einem Parteiverbot ist es allein nicht getan. Auch müssen die

ziehen, wo nach Einschätzung von Verfassungsexperten eine noch höhere Messlatte an ein Parteienverbot angelegt wird. „Ein wiederholtes Scheitern eines NPD-Verbots würde den Rechtsextremisten starken Rückenwind verschaffen“, betonte Witthaut.

Laut Witthaut sollte auch die Finanzierung verfassungsfeindlicher Parteien durch Steuergelder auf den Prüfstand gestellt werden. „Wir brauchen eine gesetzliche Grundlage, um die wirtschaftliche Unterstützung zu stoppen“, hob Witthaut hervor. „Die Zivilgesellschaft darf sich nirgendwo zurückziehen und den Rechtsextremisten das Feld überlassen.“

Auftrieb hat die Verbotsdebatte durch jüngste die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). Im November 2011 war die Terrorgruppe aufgefliegen. Den Rechtsterroristen werden bundesweit zehn Morde zur Last gelegt. *Murat Ham*



Erfolgsaussichten für ein Verbot sorgfältig geprüft und dafür Sorge getragen werden, dass ein Verbotsantrag die Hürden des Bundesverfassungsgerichts nehmen wird.“

Frühestens im Herbst dieses Jahres könnte eine Entscheidung für oder gegen ein Verbotsverfahren fallen. Selbst wenn das Verbotsverfahren Erfolg hätte, könnte die NPD noch vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU, rechts) unterhält sich am 22. März 2012 im Bundesrat in Berlin vor dem Sondertreffen der Innenminister von Bund und Ländern zu einem möglichen neuen NPD-Verbotsverfahren mit den Innenministern (v.l.n.r.) von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), von NRW, Ralf Jäger (SPD), von Sachsen, Markus Ulbig und von Niedersachsen Uwe Schünemann (beide CDU).
Foto: Wolfgang Kumm/dpa



Innenausschuss uneins über Neonazi-Verbunddatei

Weder in Bausch und Bogen durchgefallen, noch breit bejubelt: Das Fazit nach einer Expertenanhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages zum „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus“ Mitte März in Berlin fällt gespalten aus. Hinter dem Gesetzentwurf steckt die unter dem Begriff „Neonazi-Verbunddatei“ besser bekannte Errichtung einer standardisierten zentralen Datei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern zur Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus. Die Spannweite der Expertenmeinungen reichte vom „adäquaten Werkzeug“ bis zur „Risikotechnologie“. Der Innenausschuss zeigte sich uneins.

Man solle doch zunächst die höchstrichterliche Entscheidung über die sogenannte

Nachfrage von DP konnte das Presseferat des Bundesverfassungsgerichts einen konkreten Verhandlungstermin



Schwarze-Fahnen-Symbolik: Neonazi-Aufmarsch Mitte Januar 2012 in Magdeburg.

Foto: Jan Woitas/dpa

Antiterrordatei abwarten, bevor man sich mit dem Entwurf weiter befasse, gaben der Berliner Rechtsanwalt Sönke Hillbrans und Prof. Dr. Fredrik Roggan von der niedersächsischen Polizeiakademie in Nienburg in ihren Stellungnahmen den roten Faden für die rund zweieinhalbstündige Anhörung vor. Die Neonazi-Datei sei schließlich nach dem Vorbild der Antiterrordatei aufgebaut. Derzeit, so beide Experten, liege dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen das „Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern“ zur Verhandlung vor. Auf

zur Antiterrordatei noch nicht nennen. Die Verfassungsbeschwerde sei auf der To-do-Liste, sagte eine Sprecherin, ein Zeitpunkt in 2012 werde angestrebt.

Reibungsfreier Informationsaustausch

Indes werde die neue Neonazi-Verbunddatei einen schnelleren und reibungsfreieren Informationsaustausch zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Polizei ermöglichen, zeigte sich BfV-Vizepräsident, Dr. Alexander Eisvogel, in seiner Stellungnahme überzeugt, nachdem



Best.-Nr. 41060-019



Best.-Nr. 41060-010



Best.-Nr. 41060-860

PROFESSIONAL POLO-SHIRT

Herren Kurzarm.

Natürliche Textur, 100% Baumwolle, komfortabel und langlebig. Einzigartige Proportionen, sieht stilvoll, sauber und professionell aus. Knitter-, einlauf- und bleichbeständig. Flacher Kragen (kein Rollen) und bequeme Stifeltaschen am linken Arm.

Auch als Herren-Langarm Polo erhältlich!



Best.-Nr. 41060-477



Best.-Nr. 41060-724

GRATIS WASSERFLASCHE
BEI KAUF EINES 5.11 POLOS
ODER EINER 5.11 SHORT

gültig solange Vorrat reicht - bis 10.06.12



TACLITE PRO SHORTS

- Bleich- und knitterfest
- 23 cm Schrittlänge
- Teflon beschichtet für flüssigkeits- und Schmutzbeständigkeit
- Original YKK Reißverschlüsse
- in 6 Farben erhältlich

€ 49,95

Erhältlich in 3 Variationen:

Herren TacLite Short Gr. 28-44 gerade
Best.-Nr. 73287

Damen TacLite Pro Short 2-20 I
Best.-Nr. 63071

Herren TacLite Pro Gr. 28-44 gerade
Best.-Nr. 73308



ENFORCER

511.ENFORCER.DE

Ubstadt-Str. 36
76098 Ubstadt-Weiher
Telefon: 07251 / 96510
Telefax: 07251 / 965114

Filiale Berlin:
Rankestr. 14
D-10789 Berlin
Tel.: 030/6662786

Ladenöffnungszeiten:
Mo - Fr 09:00 - 18:00
Sa 09:30 - 14:00
E-Mail: info@enforcer.de

RECHTSEXTREMISMUS

Wolfgang Bosbach (CDU), Vorsitzender des Innenausschusses, die öffentliche Anhörung zum „Rechtsextremismus-Datei-Gesetz“ (RED-G) eröffnete. Die aktuelle Bedrohung durch den Rechtsextremismus erfordere nach Auffassung

Der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Jürgen Maurer, nannte es ein „Gebot der Stunde“ die unterschiedlich verfügbaren Informationen zu verzahnen. Die Zusammenschau und Analyse der Daten könne ein tragfähiges Lagebild er-

Notwendigkeiten bestehen. Müssten denn weitere rechtsterroristische Netzwerke erhellt werden, gebe es Schläfer oder Szenen, die umzukippen drohten – „übrigens ein wesentlicher Trigger für den Aufbau der Antiterrordatei“, sagte Hilbrans –



(von links) Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke und Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs zur sogenannten Neonazi-Verbunddatei Mitte Januar 2012 vor der Berliner Bundespressekonferenz. Foto: Wolfgang Kumm/dpa

des Verfassungsschutzes adäquate Werkzeuge zur Gewinnung und Austausch von Erkenntnissen. Die Erfahrung mit der seit 2007 für den Bereich des internationalen Terrorismus betriebenen Antiterrordatei (ATD-G) zeige, dass eine gemeinsame Datei der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder ein effektives Instrument zur Bekämpfung extremistischer Bestrebungen sei. Vor allem die für eng begrenzte Projekte und unter strengen Voraussetzungen im Gesetz vorgesehene Analysefunktion ermögliche es dem BfV strukturelle Erkenntnisse zu gewinnen und so seine Funktion als Frühwarnsystem zu erfüllen. Die Möglichkeit, Daten verdeckt zu speichern, stelle darüber hinaus einen „praxistauglichen Kompromiss zwischen den Exekutivinteressen der Polizeibehörden und den besonderen Geheimhaltungsinteressen des BfV und der übrigen Nachrichtendienste dar“.

geben, dass eine Einschätzung der Gefahrenlage und das Ergreifen entsprechende präventiver Maßnahmen ermögliche. Die Analyse projektbezogener Daten müsse Schwerpunkt im „Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechts“ (GAR) sein.

Rechtsstaatliches Optimierungsgebot

Deutlich skeptischer die Bewertung des Berliner Fachanwalts für Strafrecht, Sönke Hilbrans: Die neue Rechtsextremismus-Datei habe mit der Anti-Terrordatei ein „real existierendes Vorbild“. Die Antiterrordatei sei bislang jedoch weder evaluiert worden, noch konnten die Erfahrungen mit ihr in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Es sei im Übrigen auch nicht klar, ob für das beabsichtigte Kooperationsmodell der Behörden ausreichende

oder sei der „Nationalsozialistische Untergrund“ in seiner Vorgehensweise und Zusammensetzung symptomatisch oder eine Ausnahme? „Wissen die Behörden heute, wonach sie suchen“, fragte er.

Bei der Bekämpfung des Nationalsozialistischen Untergrundes seien trotz bereits vorhandener Kooperationsinstrumente, Tatzusammenhänge nicht erkannt worden. Auf eine Fehleranalyse warte die Öffentlichkeit, so Anwalt Hilbrans, noch heute. Es stelle sich die Frage, ob es nicht zu früh sei, sich jetzt schon auf ein neues Instrument festzulegen.

Gemeinsame Dateien, urteilte Hilbrans, seien und blieben unter dem Aspekt der Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendiensten „Risikotechnologien für die Demokratie und den Datenschutz“. Das Trennungsgebot sei da keine romantische, rechtshistorische Erscheinung, sondern ein rechtsstaatliches Optimierungsgebot



RECHTSEXTREMISMUS

und ein Auftrag an die Behörden und vor allem den Deutschen Bundestag. Polizei und Geheimdienste dürften, mahnte er, nur „beschränkt verschränkt“ werden. Für diesen Gesetzentwurf gelte aber, eine kontrollierbare Beherrschung von Eigeninteressen von Behörden und Behördenparteien sei nicht angelegt.

Einige Unschärfen

Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus orientiere sich zwar am Antiterrordatei-Gesetz, könne aber gleichwohl Modellcharakter für weitere Vorhaben dieser Art besitzen, merkte Prof. Dr. Dieter Kugelmann von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup an. An ei-

nigen Stellen des Gesetzentwurfs gebe es begrüßenswerte Präzisierungen und Einengungen gegenüber dem ATD-G, doch fielen „einige Unschärfen“ auf, stellte der Polizeirechtsexperte fest. So sei es sehr mühsam, den Paragraphen „2“ zum Inhalt der Datei und der Speicherungspflicht aufgrund der vielen und/oder-Kombinationen zu lesen. Ebenso könnten sich die vorgesehenen „Freitextfelder“ als „fast wie immer“ problematisch erweisen, vor allem dann, wenn der Datensatz von einer Behörde zur anderen weitergegeben würde und diese den genauen Hintergrund nicht kenne. Prof. Kugelmann schlug vor, die vorgesehene Kennzeichnungspflicht bestimmter Daten auszudehnen. Wer als Behörde wisse, woher die einzelnen Daten stammten und wie sie erhoben wurden, könne bei der weiteren Verwen-

dung zum gleichen Zweck die Daten-Sensibilität besser erkennen.

Auch sein Kollege Prof. Dr. Ralf Poscher von der Albert-Ludwigs Universität Freiburg konstatierte „erfreuliche Weiterentwicklungen“ gegenüber der Antiterrordatei. Verbesserungsbedarf sehe er bei der Regelung für sogenannte Kontaktpersonen. Um einer Gesinungsdatei entgegen zu wirken, sollten diese nur dann gespeichert werden dürfen, wenn auch für sie über Grunddaten hinaus, erweiterte Daten wie beispielsweise Fertigkeiten in der Herstellung oder im Umgang mit Sprengstoffen oder Waffen angelegt werden könnten. Poscher sprach sich weiterhin für eine Aufnahme bestimmter Mitteilungspflichten in den Gesetzentwurf aus. Menschen, die als

Anzeige

LBN VVaG

gegründet als
Lehrerbrandkasse –
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0
www.lbn.de



Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat- und
Glasversicherung
siehe FINANZTEST 6/10
Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik,
Onkologie und Innere Medizin
Kassel - Bad Wilhelmshöhe.
In Mitten Deutschlands am Fuße
des größten Bergparks Europas mit
Herkules und Schloss Wilhelmshöhe
sowie in direkter Nachbarschaft zu
einer der schönsten Thermen liegt
die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als
Klinik für Ganzheitsmedizin
arbeitet die Habichtswald-Klinik
auf der Ebene einer integrativen
Betrachtung von Körper, Seele
und Geist in einer Synthese aus
Schulmedizin, Naturheilverfahren
und komplementärer Therapien. Die
Klinik hat einen Versorgungsvertrag
nach §111 und ist nach § 30 GWO
als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen
ist die Habichtswald-Klinik als
Rehabilitationsklinik anerkannt,
bei den privaten Krankenversicherungen
als „Gemischte Einrichtung“
die auch Akutbehandlungen gemäß
OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen
rechnen mit der Klinik den
allgemeinen niedrigsten mit den
Sozialversicherungsträgern vereinbarten
pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Kontaktpersonen erfasst würden und darüber überhaupt keinen Anhalt hätten, stünden keine Rechtsmittel gegen eine womöglich unberechtigte Aufnahme in eine solche Datei zur Verfügung.

Unbestimmter Gewaltbegriff

Auch in diesem Gesetzentwurf sei das Trennungsgebot ein Problem, sagte der niedersächsische Hochschullehrer Prof. Dr. Fredrik Roggan. Eine „planmäßige“ Zusammenführung von jeweils vorhandenen Erkenntnissen widerspreche dessen Grundgedanken. Dadurch erhalte die Polizei Daten, die sie „qua polizei- oder strafprozessrechtlicher Tatbestände selber nicht besitzen dürfte“. Außerdem sei der im „Rechtsextremismus-Datei-Gesetz“ verwendete Gewaltbegriff zu weit gefasst. Der an vielen Stellen des Strafgesetzbuchs an sich weitgehend unbestimmte Gewaltbegriff, betreffe aber vor allem sogenannte Kontaktpersonen innerhalb der rechtsextremen Szene, von denen Hinweise zur Aufklärung oder Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus zu erwarten seien. Bleibe der Bundestag bei der Unbestimmtheit des Gewaltbegriffs, so wäre es unproblematisch, eine große Zahl an Personen einzuspeichern.

Prüfungskompetenz für Datenschutzbeauftragte

Die neue Verbunddatei, so Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder, erfülle eine sinnvolle Funktion. Sicherheitsbehörden, die von Rechts wegen Informationen austauschen dürften, fänden sich wechselseitig zu einem Informationsaustausch. So würden Effizienzseinbußen bei der Sicherheitsgewährleistung verhindert, die sonst bedingt durch die differenzierte Sicherheitsarchitektur Deutschlands ungewollt anfielen. Der Aufbau einer solchen Verbunddatei sei im Übrigen deutlich rechtsstaatlicher als die Einrichtung gemeinsamer Abwehrzentren, „die die Gefahr des informellen, spurenlosen und

unkontrollierbaren Datenaustauschs hervorrufen“.

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, forderte unterdessen mit dem Hinweis auf eine ähnlich bestehende Problematik beim Antiterrordatei-Gesetz eine umfassende Prüfungskompetenz für die neue Datei. Diese wolle er gerne gemeinsam mit den Landesdatenschutzbeauftragten wahrnehmen.

Innenausschuss uneins

Michael Hartman, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kündigte angesichts der pointierten Stellungnahmen weiteren Gesprächsbedarf innerhalb des Ausschusses an. Ziel, sei-



ner Fraktion sei es, das Gesetz in großem Konsens zu verabschieden. Auch an dieses Gesetz müssten indes die gleichen hohen Datenschutzmaßstäbe angelegt wie an alle anderen. Eine „Lex Rechtsextremismus“ dürfe es nicht geben.

Wolfgang Wieland, Ausschussberichterstatter für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen schlug launig die Fußballsprache an. Seiner Meinung nach stünde es angesichts der geäußerten Bedenken der externen Sachverständigen 0:5 gegen die neue Datei. Keiner hätte schriftlich oder mündlich gesagt, „so können sie das machen, das ist Bedenken frei“. Bevor man sich aber weitere Arbeit mache, so mühte sich Wieland auszuloten, sei es wichtig zu wissen, ob noch Spielräume zu Änderungen des Gesetzes blieben oder die Verabredung zwischen dem Bundesinnen- und Bundesjustizministerium weiterhin gelte, nach der das Gesetz so in Kraft treten werde.

CDU/CSU-Berichterstatter Clemens

Binninger teilte die Einschätzung seines grünen Abgeordneten-Kollegen nicht. Fünfmal vors gegnerische Tor gekommen, aber kein Tor erzielt, ergebe nicht den Spielstand von 0:5. Es habe Kritik gegeben, doch niemand habe das Gesetz ausdrücklich abgelehnt. Niemand werde übrigens in diese Datei aufgenommen, der nicht schon vorher in entsprechende Erscheinung getreten sei. Er halte die Voraussetzungen, die das Gesetz für die Speicherung der Daten vor allem betroffener Kontaktpersonen vorhält, daher für ausreichend: Erstens müssten die Personen den Behörden als Angehörige der rechtsextremistischen Szene bekannt sein, sie dürften weiterhin nicht nur in flüchtigem oder zufälligem Kontakt mit Rechtsterroristen oder verurteilten Ge-

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU, r) eröffnet am Freitag (16.12.2011) im Bundesinnenministerium in Berlin das neue Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus. Als Konsequenz aus der jahrelang unentdeckt gebliebenen Neonazi-Mordserie ist das Abwehrzentrum von Bund und Ländern eröffnet worden. Dort sollen Verfassungsschützer und Polizisten zusammenarbeiten, um den Rechtsextremismus besser bekämpfen zu können.

Foto: Frm/dpa

walttätern sein und drittens müsse man durch sie, weiterführende Hinweise zur Aufklärung oder Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus erwarten können.

Dies jetzt noch enger fassen zu wollen, ginge an der Lebenswirklichkeit und an den Bedürfnissen der Behörden weit vorbei. Aufweichungen seien mit ihm nicht zu machen.

MiZi



Sonderrechte bei Privatfahrt

§ 35 StVO beschäftigt die Gerichte immer wieder. Die Bestimmung, die verschiedene Personen von Institutionen in Abs. 1 von den Vorschriften der StVO befreit, muss häufig dann zu Rate gezogen werden, wenn es zu einem Verkehrsunfall kam, bei dem der Fahrzeugführer von den Regeln der StVO abgewichen war.

Die Tatbestandsvoraussetzung der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben und des dringend Gebotenseins werden immer wieder thematisiert: Dabei ist gemeint, das Abweichen von der Regel der StVO muss erforderlich sein, um die hoheitliche Aufgabe zu erfüllen oder anders ausgedrückt, kann die Aufgabe auch erfüllt werden, wenn man sich an die StVO hält? Genauso wichtig ist der Absatz 8, der für den Fall, dass die Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen, eine Einschränkung in der Form vornimmt, dass die Sonderrechte nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Anspruch genommen werden dürfen, was ein Schädigungs- und Gefährdungsverbot beinhaltet. Seltener kommt es vor, dass über den Adressatenkreis gestritten wird. Genannt ist die Polizei und somit jeder Polizeibeamte. Die Frage, die sich dabei stellt: Kann diese Bestimmung auch in der Freizeit gelten? Da dieses Recht ein personengebundenes Recht ist, ist es möglich auch Sonderrechte in Anspruch zu nehmen, wenn man nicht regulär im Dienst ist. Dem Verfasser sind dazu ein paar Entscheidungen bekannt, die im Folgenden etwas genauer beleuchtet werden sollen. Auslöser dazu war eine Entscheidung des Amtsgerichts Lüdinghausen. Das Gericht kam dabei zu folgendem Leitsatz:

Während einer Privatfahrt dürfen keine Sonderrechte in Anspruch genommen werden, sofern man den Grund der Fahrt nicht nachvollziehbar und beweisbar darlegen kann.

Der Sachverhalt:

Der Betroffene ist Polizeibeamter, befuhr eine Bundesstraße und wurde bei erlaubten 70 km/h mit effektiven 101 km/h gemessen. Er sollte ein Bußgeld zahlen, was er nicht wollte. Er räumte zwar seine Fahreigenschaft ein, sagte aber auch, dass er sich in den Dienst versetzt hätte. Er sei am Tattage auf Besuch zu seinen Eltern gewesen, die in M. wohnten. Er sei in B. von der Autobahn abgefahren. Auf

der B ... habe er dann einen Mercedes-Sprinter der Mietwagenfirma E wahrgenommen. Dieser Sprinter sei mit diversen Möbelstücken beladen gewesen, die hintere Ladetür habe offen gestanden. Aus der Ladetür habe ein Sofa herausgeragt, welches beträchtlich gewackelt und auf die Fahrbahn zu stürzen gedroht habe. Er habe das Fahrzeug vor ihm anhalten können. Er habe den Fahrer auf Englisch aufgefordert, seine Ladung zu sichern. Das amtliche Kennzeichen des E-Fahrzeuges war dem Betroffenen nicht mehr bekannt.

Er habe jedoch die Personalien des Fahrers aufgeschrieben. Es handele sich um: Mr. B. ... Columbus, OH Den Fahrer habe er mündlich verwarnt, den Dienstherrn habe er über den Vorfall nicht informiert. Der Betroffene gab auch an, dass er die entsprechenden Vorschriften nicht gekannt hätte, nach denen er den Verstoß zu ahnden hat. Er habe sich gedacht, dass der angehaltene Amerikaner sicher Gutes über Deutschland sagen werde, wenn er kein Bußgeld zahlen müsse. Insbesondere erklärte der Betroffene auf Nachfrage des Gerichts, dass er keinerlei Bemühungen unternommen hätte, den Einsatz z.B. als Arbeitszeit von seiner Behörde anerkennen zu lassen oder auch einen nachträglichen Vermerk oder eine Anzeige geschrieben habe.

Das Gericht konnte den angeblichen Fahrer des E-Fahrzeuges nicht ermitteln. Weder bei der Firma E war der Fahrer bekannt, noch war eine Ladung in ... an die genannte Person zustellbar.

Der Betroffene erklärte ferner zu seiner dienstlichen Position, dass er im Polizeipräsidium in X arbeite und zwar im Führungs- und Lagedienst und dementsprechend nicht die Einhaltung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften kontrolliere. So erklärte er auch, dass er geglaubt habe, er könne den Ladungssicherungsverstoß nur einfach so per Verwarnung ahnden, weil er hier ein freies Ermessen habe, wie zu ahnden sei.

Auf die Nachfrage des Gerichts, ob ihm denn gegebenenfalls der Bußgeldkatalog bekannt sei und die Tatsache, dass der

Bußgeldkatalog zunächst einmal eine gewisse Bindungswirkung entfalten könne, erklärte der Betroffene, es sei ja wohl seine Sache, wie er sein Ermessen ausübe. Das Gericht erstaunte dies umso mehr, als der Betroffene selbst bzw. der Verteidiger des Betroffenen erklärte, der Betroffene kenne sich in den Vorschriften über die Ahndung von Ladungssicherungsverstößen überhaupt nicht aus.

Das Gericht schenkte den Angaben keinen Glauben und begründete seine Haltung wie folgt.

Unter Berücksichtigung aller Umstände, die sich aus der Einlassung ergeben, ergibt sich, dass es sich hier einmal mehr um eine konstruierte Geschichte eines Polizeibeamten handelt, der einer Ahndung eines eigenen bußgeldbewährten Verstoßes entgehen will. >

Anzeige

Lieber Feierabend ...
... statt Steuerabend!

Wir helfen Ihnen bei der
Einkommensteuererklärung*
- bundesweit -

und zeigen Ihnen wie man richtig
Steuern spart!

Ihre Beratungsstelle erfahren Sie unter www.lohi-fuldatal.de oder Telefon 0 800 - 222 44 56

Anzeige mitbringen und Gutschein in Höhe von 15,- € sichern.

*Allgemeine Betreuung und Beratung in Steuersachen im Rahmen einer Mitgliedschaft nach § 4 Nr. 11 Steuerberatungsgesetz

NaturaMed
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de



Maßgebliche Indizien hierfür sind:

- Der Einsatz außerhalb seines eigenen örtlichen Zuständigkeitsbereichs.
- Der Einsatz außerhalb seiner eigenen dienstlichen Zuständigkeit.
- Die Ahndung eines Verstoßes ohne dienstliche Dokumentation.
- Die völlig untypische Ahndung eines Ladungssicherungsverstoßes durch bloße Verwarnung.
- Die fehlende Bekanntgabe des Verstoßes am Tattage bei dem nur ein Kilometer entfernten Zeugen H.
- Die Benennung eines ausländischen und nicht ladbaren Zeugen.
- Das Fehlen eines amtlichen Kennzeichens trotz angeblich genauer Notiz der Personalien des Betroffenen.

Folgerichtig konnte sich der Betroffene nach Ansicht des Gerichtes nicht auf § 35 StVO berufen und musste das Bußgeld zahlen.

Eine weitere Entscheidung zu einer ähnlichen Situation hatte das OLG Stutt-

gart vor vielen Jahren zu entscheiden. Hier war ein Polizeibeamter mit seinem Pkw bei erlaubten 100 km/h mit 158 km/h gemessen worden. Er gab an, dass er einen ihm bekannten Mann verfolgt hätte, der mit Haftbefehl gesucht wurde. Als er ihn aus den Augen verloren hatte, habe er versucht in wieder einzuholen und festzunehmen. Das AG verurteilte den Fahrer, das OLG wies die Sache wieder zurück und begründete dies wie folgt. Eine Zuwiderhandlung im Straßenverkehr ist im Sinne dieser Vorschrift „dringend geboten“ um hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, wenn die sofortige Dienstleistung wichtiger erscheint als die Beachtung der Verkehrsregeln. Die Entscheidung selbst, die Verfolgung einer Person aufzunehmen und nicht die zuständige Polizei zu informieren hält sich angesichts des Zeitverlustes grundsätzlich im Rahmen des Beurteilungsspielraumes. Die Richter machen aber auch deutlich, dass die Verletzung der Verkehrsregeln nicht zu einer unangemessenen, unverhältnismäßigen Beeinträchtigung kollidierender Belange

führen darf. In einer neuen Verhandlung musste sich das Amtsgericht mit folgender Frage beschäftigen. Teile der Beamte die Beobachtungen am Tattage seiner Dienststelle oder einer anderen Polizeidienststelle bzw. der Staatsanwaltschaft mit oder erschien ihm dies nicht erforderlich. Wenn Nein, würde für die Richter des OLG die Annahme von Sonderrechten nach § 35 Abs. 1 StVO begründeten Situation für eine Privatfahrt eher fern liegen.

Das OLG Hamm führt in einer weiteren Entscheidung folgendes aus:

Das Sonderrecht gem. § 35 Abs. 1 StVO steht einem Polizeibeamten zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben auch dann zu, wenn er sich nicht im Dienst befindet und mit seinem Polizeifahrzeug unterwegs ist. Hier war der Beamte mit einem dienstlichen Fahrzeug unterwegs. Wieder das OLG Hamm hatte einen Sachverhalt zu entscheiden, bei dem ein Polizeibeamter mit seinem Privatfahrzeug von einer Fortbildungsveranstaltung nach Hause fuhr und die Geschwindigkeit in einer

OSG-WERBEMITTELVERTRIEB



Erstmals Sommer-Sonder-Special-Katalog der OSG

Wer ausgetretene Pfade verlassen möchte, ist bei der OSG (Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH) mit Sitz in Hilden bestens aufgehoben. Hier wird ein großes Sortiment topaktueller, ausgefallener und auf den speziellen Bedarf unserer Mitglieder zugeschnittene Artikel angeboten.

Alle Artikel, präsentiert im umfangreichen Werbemittelkatalog, sind mit viel Liebe zum Detail ausgesucht und mit dem Logo der GdP individualisiert.

Und das Besondere: Es gibt das Sortiment ausschließlich für Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei. So wird die Zugehörigkeit zu unserer Gemeinschaft und der Einsatz für unsere Ziele auf sympathische Weise demonstriert. Diese Werbeträger eignen sich daher besonders zur Präsentation der GdP sowie zur erfolgreichen Mitgliederwerbung und -bindung.

Frei nach dem Motto: „Fordert uns heraus“ entwickelt das OSG-Team ebenfalls Sonderprodukte und Aktionslösungen. So werden individuelle Ideen und Wünsche flexibel entwickelt, damit Botschaften



einprägsam und nachhaltig vermittelt werden.

Die speziell auf die jeweilige Anforderung zugeschnittenen außergewöhnlichen und pfiffigen Werbeträger werden zeitnah produziert und geliefert – aufgrund der ausgezeichneten Branchenkenntnisse im Werbemittelbereich selbstverständlich zu

einem hervorragenden Preis-Leistungsverhältnis.

Um unseren Mitgliedern auch saisonale Artikel günstig und zeitnah anbieten zu können, startet die OSG im Mai 2012 erstmalig mit ihrem neuen Katalog in die warme Jahreszeit. Brandheiße Highlights der Saison zu überraschend günstigen Preisen – damit ist gute Laune garantiert! Beispielsweise der praktische Picknickrucksack „DINNER“ aus hochwertigen Materialien für den sommerlichen Grillausflug oder die Kühltasche „GALAXY“, ausgestattet mit vielen Fächern und Kühlfunktionen.

Der OSG online-shop

Im OSG online-shop osg-werbemittel.de können unsere Mitglieder rund um die Uhr einkaufen. Frisch überarbeitet bietet er jetzt einen noch besser strukturierten Überblick über das gesamte Sortiment der OSG.

Und sollte doch einmal etwas nicht gefunden oder individuelle Beratung benötigt werden: Heike Born (Abteilungsleiterin) und ihr Team helfen jederzeit gerne. Tel. 0211-7104-169/-168/-167.

OSG



Baustelle um über 70 km/h überschritt. Er gab an, dass in diesem Bereich ein Pkw-Fahrer rechts mit hoher Geschwindigkeit überholt hatte, dann eingeschert sei und eine Vollbremsung vollzogen hätte, so dass die nachfolgenden Fahrzeuge hätten bremsen müssen. Er habe daraufhin die Verfolgung mit hoher Geschwindigkeit aufgenommen, hätte jedoch das Kennzeichen nicht mehr erkennen können und das Fahrzeug nicht mehr anhalten können. Die Richter machen deutlich, dass der Beamte grundsätzlich die Sonderrechte in Anspruch nehmen durfte. Allerdings verweisen sie auf die oben genannte Entscheidung des OLG Stuttgart, wonach die Freistellung des Beamten von den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung die Berücksichtigung aller Umstände, die die Dringlichkeit der Dienstaufgabe im Verhältnis zu den möglichen Gefahren der Verkehrsvorschriften, belegen sollen. Die Verletzung der Verkehrsregeln darf nicht zu einer unangemessenen, unverhältnismäßigen Beeinträchtigung kollidierender Belange führen, etwa zu einer konkreten

Gefährdung von Leib oder Leben anderer Verkehrsteilnehmer. Das AG Siegen führt in einem weiteren Fall aus: Die Geschwindigkeitsüberschreitung eines Polizeibeamten im privaten Pkw zum Zwecke der Verfolgung eines verdächtigen Straftäters ist gerechtfertigt, wenn unter Berücksichtigung der Gesamtumstände die sofortige Dienstleistung wichtiger erscheint als die Beachtung der Verkehrsregeln. Dem Polizeibeamten steht insofern ein gewisser Beurteilungsspielraum zu. Hier war der Beamte bei erlaubten 50 km/h mit effektiven 77 km/h gemessen worden.

Fazit:

Aus den genannten Entscheidungen wird ersichtlich, dass es unter gewissen Umständen möglich ist, auch bei einer Privatfahrt Sonderrechte in Anspruch zu nehmen. Wenn es jedoch zu einem entsprechenden Vorfall kommt, sollte dies in der Tat nachvollziehbar belegt und begründet werden können, damit dies für das Gericht

glaubhaft ist. Bei einer „Versetzung in den Dienst“ sollte der Dienstherr unverzüglich darüber informiert werden.

Gerade als Polizeibeamter sollte man sich der Bedeutung der Verkehrsregeln, die für alle Verkehrsteilnehmer gelten, bewusst sein. Ein Abweichen von den Regeln ist strengen Grenzen unterworfen, die einzuhalten sind. Dies gilt im Dienst mit einem für jeden anderen Verkehrsteilnehmer erkennbar und sichtbaren Streifenwagen und umso mehr außerhalb des Dienstes mit einem Privatfahrzeug.

Ewald Ternig, Dozent VR/VL, FHöV-Fb. Polizei Rheinland-Pfalz

Fußnoten:

- 1 AG Lüdinghausen, 28.09.2009, 19 OWi-89 Js 960/09 – 72/09, NZV 10, S. 365
- 2 OLG Stuttgart, 07.10.1991, 3 Ss (12) 400/91, NZV 91, S. 123
- 3 OLG Hamm, 03.05.2005, 4 Ss OWi 279/05, LexisNexis
- 4 OLG Hamm, 19.02.2002, 4 Ss OWi 776/02
- 5 AG Siegen, 21.08.1995, 16 Owi.35 Js 519/95 – Schg 49/95, VM 1996, S. 40

Anzeige

Meine Empfehlung: Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.



SpardaGiro
mit Kontowechselservice
0 Gebühren
Aufwand
Komma nix
wechseln!

Sparda-Banken
freundlich & fair

Kundenmonitor® Deutschland 2011
Platz 1
Sparda-Banken
(Platz 1 von 1993-2011)
Kundenzufriedenheit
bei Banken und Sparkassen
unter 8 ausgewiesenen Instituten

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:
Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)

ÖD 5 





BRUNOX®
Waffenpflege ist
 - Laufreinigung,
 - Korrosionsschutz
 - und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
 BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913

THOMAS BROCKHAUS
 Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
 Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
 Inzahlungnahme möglich. % % %
 Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com

FACHKLINIK ST. LUKAS

Fachklinik für Psychosomatik
 und Orthopädie



Ärztlicher Direktor Dr. med. Dr. med.
 habil. Jürgen Krauß
 Chefarzt Dr. med. Günther Hitpass
 Chefarzt Dr. MA (Sofia) Chavdar Hristov

Ihr Kompetenz-Team bei
 Depressionen
 Angst- und Belastungszuständen
 Erschöpfung · Burn out · Fibromyalgie
 Degenerative Erkrankungen
 der Wirbelsäule & Gelenke
 Rheumatische Beschwerden
 Osteoporose
 Kompetenzzentrum Wirbelsäule
 alternative Behandlungskonzepte
 Akupunktur & TCM
 Orthomolekulare Medizin
 Vitalstofftherapie
 Ringtherapie nach Dr. Hitpass

Fachklinik St. Lukas
 94086 Bad Griesbach · Nibelungenstr. 49
 Telefon 08532 7960
www.fachklinik-sankt-lukas.de

www.polizeifeste.de
**Alle Polizeifeste
 der GdP auf einen Blick!**

17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

„PolizeiDeinPartner.de“ jetzt online

Im Beisein des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, auf dem 17. Deutschen Präventionstag in München das neue Präventionsportal „PolizeiDeinPartner.de“ des GdP-eigenen Verlages Deutsche Polizeiliteratur (VDP) online gestellt. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Damit eröffnen wir neue Wege, der Kriminalität wirksam zu begegnen. Nur durch passende Informationen besteht für jeden die Möglichkeit, zu handeln, einzugreifen und damit vorzubeugen.“



Sehen dem Start des Präventionsportals aufmerksam zu: VDP-Geschäftsführer Bodo Andrae, der Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut und der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Bayern, Helmut Bahr.
 Foto: Sascha Braun

Witthaut: „Für die Präventionsarbeit der Polizei ist der zweitägige Deutsche Präventionstag, der in diesem Jahr unter dem Motto steht: ‚Sicher leben in Stadt und Land‘, der größte und wichtigste europäische Kongress, der sich der Verhütung und Vorbeugung von Kriminalität,

Suchtgefahren und Verkehrsunfällen widmet. Mit unserem Internetportal wollen wir eine Hilfestellung für alle Interessierten geben, Themen und Aktivitäten rund um die Präventionsarbeit zu vernetzen.“

hol

INFORMIEREN. ABERKENNEN. VORBEUGEN.

POLIZEI DEIN PARTNER
 Das Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

Startseite Themen Infos für... Publikationen Service

Suche nach Kategorien, Hitz, Type und mehr... **Suchen**

Se sind hier » Themen / Seite
 Offen gegen L
 Zurückfrage stellen heißt, mit anderen um Wissen zu teilen.

Eintritt
 und dementsprechend

Neueste Artikel
 Ein Mann der Zukunft - intelligent und sicher
 Der Feindespaar einer Sicherheitsfirma bringt es auf den Punkt. Eine Frau stellt von ihrem modernen Mann aus die und mit einem Knopfdruck ihrer Fernbedienung führen die Herren in die...

Seitlicher Missbrauch: Die Arbeit der Mitarbeiterinnen
 Seitlicher Missbrauch ist ein Thema in der Öffentlichkeit angekommen. Befragungen und Mitarbeiterinnen sind gefordert, zu berichten und zu helfen. Angesichts der immer öffentlicheren Fälle...

Zehn Tipps zu Ihrer Sicherheit im Internet
 Die moderne Kommunikationswelt hat auch ihre dunkle Seite. Internetbenutzer versuchen mit immer neuen Techniken, Computeruser auszunutzen und um ihre Geld zu bringen. Was Sie sich...



Sitzen auf gepackten Koffern

11.541 rote Stühle stehen am 6. April 2012 in Sarajewo, der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas. Sie erinnern an die 11.541 Menschen, die bei der Belagerung der Stadt durch serbische Milizen durch Bomben und von Heckenschützen getötet wurden. 44 Monate schaute Europa der Zerstörung der Stadt und dem Sterben der Menschen zu, bis das Dayton-Abkommen Ende 1995 den Albtraum beendete. Bis dahin hatte der Krieg im ganzen Land mehr als 100.000 Menschen das Leben gekostet. Knapp ein Jahr später betreten deutsche Polizistinnen und Polizisten das Land. Sie sind Teil des rund 1.700 Mann starken UN-Polizeikontingents (UNMIBH-IPTF) und sollen die lokale Polizei und Justiz überwachen, beobachten und beraten, beim Verdacht von Menschenrechtsverletzungen durch örtliche Sicherheitsorgane ermitteln und die lokale Polizei aus- und fortbilden.

Es ist nicht der erste Einsatz deutscher Polizisten bei internationalen Missionen im Ausland – bereits 1989 entsandte Deutschland 50 Bundesgrenzschutzbeamte in die UNITED NATIONS TRANSITION ASSISTANCE GROUP (UNTAG) nach Namibia – aber diese Sache begründete einen regen Export deutscher Polizeiarbeit in alle Welt. Waren es zunächst Bundesgrenzschutzangehörige, die in Namibia, Kambodscha, der West-Sahara und auf der Donau eingesetzt wurden, sind es seit Oktober 1994 sowohl Kolleginnen und Kollegen des Bundes und der Länderpolizeien, die ihren Dienst im Ausland verrichten. Auf dem Balkan, in Afghanistan, aber auch in anderen Regionen der Welt werden deutsche Polizistinnen und Polizisten im Rahmen von Missionen internationaler Organisationen als auch aufgrund bilateraler Vereinbarungen eingesetzt, zum Beispiel von den Vereinten Nationen (UN), der Westeuropäischen Union (WEU), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Europäischen Union (EU). Wie 1996 in Bosnien-Herzegowina treffen die Beamtinnen und Beamten aus Deutschland überall in den Krisenregionen der Welt auf die Wunden des Krieges, da ihr Einsatz nur im Rahmen zivilen Krisenmanagements nach Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen erfolgen darf. Sie treffen auf Leid, Not und Entbehrung für die es zu Hause keine annähernden Beispiele gibt. Sie treffen auf Zerstörung, traumatisierte Bevölkerungen, zusammengebrochene Rechtssysteme, Korruption und Alltagskriminalität. Sie gehen ein erhöhtes Risiko ein, aber mitunter drängen die Anforderungen des Einsatzes das Bewusstsein über die Gefahr in den Hintergrund. Routine ist in diesem Punkt die Schwester der Unachtsamkeit.

In der Vorbereitung seiner Beamtinnen und Beamten für Auslandseinsätze nimmt die Bundesrepublik Deutschland unter allen beteiligten Nationen einen Spitzenplatz ein.

In drei Trainingszentren werden die Beamtinnen und Beamten auf die schwierige Aufgabe vorbereitet. Im Trainingszentrum der Bundespolizei in Lübeck (auch für Teilnehmer aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin), in der Polizeiakademie Baden-Württemberg in Wertheim (auch für Teilnehmer aus Hessen und Bayern) und im Dezernat Auslandsverwendungen des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) im nordrhein-westfälischen Brühl, mit 17 Mitarbeitern eines der größten Trainingszentren für Auslandsverwendungen in Europa.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut folgte im Frühjahr einer Einladung des Inspektors der Polizei Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen, Dieter Wehe, zu einem Informationsbesuch beim LAFP.

Dezernatsleiter POR Achim Raupach: „Wir schulen Teilnehmer aus Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen und Sachsen, aber auch Polizeibeamtinnen und -beamte aus Holland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Japan. Fast 11.000 Teilnehmer durchliefen hier die Lehrgänge seit 1995 in 170.000 Tagen. Aus Nordrhein-Westfalen waren bisher insgesamt 650 Beamtinnen und Beamte an Auslandsmissionen beteiligt – in Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Liberia, Palästina, Sudan, Kosovo und Georgien. Derzeit sind laufend ca. 350 deutsche und 50 Polizistinnen und Poli-

zisten aus Nordrhein-Westfalen (NRW) im Einsatz.“

Multikulturelle Kompetenz, Charakterstärke, Teamfähigkeit, hohe Einsatzbereitschaft, Selbstmanagement und diplomatisches Geschick sind die Grundvoraussetzungen für die deutschen Polizisten in internationalen Friedenseinsätzen. Die bis dahin abgeleistete Mindestdienstzeit beträgt acht Jahre. Die Einsatzvorbereitung beträgt je nach Einsatzgebiet bis zu vier Wochen. Die Lehrgangspläne sind dicht bestückt. Natürlich nehmen die aktuelle politische Situation und inter-ethnische



GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut trägt sich in das Gästebuch des Dezernates Auslandsverwendungen des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) im nordrhein-westfälischen Brühl ein.

Probleme des Einsatzgebietes einen breiten Raum ein. Studiert werden Organisationsstrukturen der Mandatsträger und Erfahrungsberichte von Rückkehrern werden ausgewertet. Kenntnisse über Lebensbedingungen und Freizeit, Dienstzeit- und Urlaubsregelung, Arbeit mit der lokalen Polizei, Verhalten bei Krankheit, Landeskunde, Versicherungen, Versorgungsrecht, Diensthaftpflicht und überhaupt der rechtliche Status des Beamten, gehören ebenfalls ins Reisegepäck.

Das Dezernat Auslandsverwendungen hält Beamte vor, die ständig über ein Betreuungshandy erreichbar und alle im



Alles, was Recht ist ...



Strafrecht für Polizeibeamte

**Band 1: Grundlagen und
Delikte gegen Personen**

Von **Holger Nimtz**
2. Auflage 2011,
258 Seiten, 16,5 x 24 cm,
Broschur
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0657-7



Strafrecht für Polizeibeamte

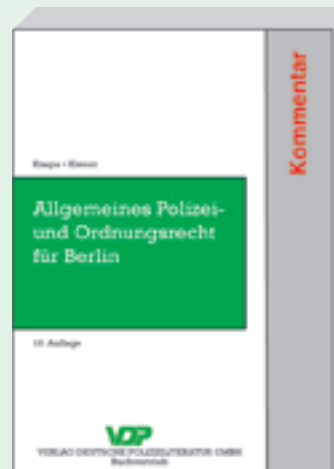
**Band 2: Delikte gegen
das Vermögen und gegen
Gemeinschaftswerte**

Von **Holger Nimtz**
2. Auflage 2012,
307 Seiten, 16,5 x 24 cm,
Broschur
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0669-0



Polizeigesetz des Landes Nordrhein- Westfalen Kommentar

Von **Lambert Josef Tetsch**
und **Marcello Baldarelli**
1. Auflage 2012,
1040 Seiten, DIN A 5,
Hardcover mit Fadenheftung
59,90 € [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0654-6



Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin Kommentar

Von **Michael Knappe**
und **Ulrich Kiworr**
10. Auflage 2009,
976 Seiten, DIN A 5,
Hardcover mit Fadenheftung,
59,90 € [D], 102,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0611-9



Versammlungs- recht

**Das hoheitliche Ein-
griffshandeln im Ver-
sammlungsgeschehen**

Von **Hartmund Brenneisen**
und **Michael Wilksen**
4. Auflage 2011,
640 Seiten, DIN A 5,
Broschur
29,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0645-4



Polizeilicher Schusswaffenge- brauch gegen Personen

**Nach Bundesrecht unter
Einbeziehung landes-
rechtlicher Regelungen**

Von **Dietlind Neuwirth**
2. Auflage 2006,
175 Seiten, DIN A 5, Broschur
16,90 € [D], 30,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0531-0



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

AUSLANDSEINSÄTZE

Bereich „Post Traumatic Stress Disorder“ bzw. „Critical Incident Stress Management“ geschult sind. Betreut werden die Polizeibeamtinnen und -beamten vor, während und nach ihrer Teilnahme an einer internationalen Polizeimission, durch ein für den Notfall auch im Einsatzgebiet tätiges Kriseninterventionsteam und die oben erwähnte telefonische Betreuung für Missionsteilnehmer, deren Angehörige sowie der Beschäftigungsbehörden. Nach der Rückkehr der Missionsteilnehmer wird innerhalb von drei Monaten im Rahmen eines Nachbereitungsseminars der Stand der Reintegration individuell besprochen und falls erforderlich begleitende Unterstützung angeboten. Angeboten werden auch Hilfen bei der Wiedereingliederung.

Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen: „Unsere Kolleginnen und Kollegen leisten im Ausland eine hervorragende Arbeit. Die internationalen Verbindungen und ihre Erfahrungen aus den Einsätzen sind auch für die Polizeiarbeit in Deutschland und damit für die Innere Sicherheit des Landes von hohem Wert. Viele Polizeibeamtinnen und -be-



Im Gespräch mit dem GdP-Verzentsenden: (v.l.) POK Holger Bamberger-Schreyer, POK Andreas Kistemaker, Dezernatsleiter Achim Raupach, LAFP-Direktor Dieter Schmidt und Inspekteur Dieter Wehe.
Fotos: Sascha Braun

Polizisten ist in meinen Augen beispielhaft für die enge und gute Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.“

„Die hohe Kompetenz und Professionalität deutscher Polizeibeamtinnen und -beamter wird von unseren Partnerstaaten, besonders aber von Vertretern derjeni-

der Krisengebiete, die deutsche Polizisten gerne sehen, es ist vor allem die Bevölkerung.“

In Bosnien-Herzegowina, das mit einer spektakulären Installation der roten Stühle in der Hauptstadt Sarajewo an das Leid der Bevölkerung während des Balkan-Krieges vor 20 Jahren aufmerksam machte, geht die Mission für die deutschen Polizisten in diesem Jahr zu Ende. Sehr zum Bedauern vieler Menschen in diesem Land. Es ist immer noch tief gespalten in einen serbischen, kroatischen und muslimischen Teil. Die ethnischen Grenzen verlaufen auch durch die nationale Polizei. Die Bevölkerung leidet schwer unter Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Korruption.

Auch in Afghanistan sitzen die Deutschen auf gepackten Koffern. Mit dem bevorstehenden Abzug der Militärs wird auch die polizeiliche Ausbildungs- und Aufbauarbeit ein Ende finden müssen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Ohne verlässlichen militärischen Schutz, insbesondere durch die Bundeswehr, ist ein weiterer Ausbildungseinsatz deutscher Polizeixperten in Afghanistan nicht denkbar.“

Hier – wie dort – riskieren Kolleginnen und Kollegen in ihren Einsatzgebieten Gesundheit und Leben. Sie leisten mit Entbehrung und hohem Engagement ihre Arbeit. Was wird bleiben? Viele werden zu Hause gespannt die Entwicklungen in den Einsatzgebieten verfolgen und auch das Gefühl nicht loswerden, eine Bevölkerung, die Vertrauen zu ihnen gefasst und Hoffnung in sie gesetzt hat, einem ungewissen Schicksal überlassen zu müssen. **hol**



Beim Dezernat für Auslandsverwendungen des LAFP in Brühl (v. l.): Dezernatsleiter Achim Raupach, der Inspekteur der Polizei NRW und Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen, Dieter Wehe, GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, PK Ayhan Köseoglu, der Direktor des LAFP, Dieter Schmidt und PR Rainer Müller.

amte, die aus Auslandseinsätzen zurückkehren, leiden über die mangelnde Anerkennung und das geringe Interesse durch die eigenen Kollegen. Auch die dienstliche Regelbeurteilung sollte die Missionsbeurteilung ausreichend berücksichtigen. Die Entsendung deutscher Polizistinnen und

gen Staaten, in denen wir uns im Rahmen des Polizeiaufbaus engagieren, hoch geschätzt.“ Worte wie diese aus dem Mund des ehemaligen Bundesinnenministers und heutigen Verteidigungsministers, Thomas de Maizière, sind ebenso zutreffend wie unvollständig. Es sind nicht nur die Staaten



Den Stellenabbau zu weit getrieben

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gesunken – teils durch Privatisierung, teils durch Stellenabbau. Damit der Staat seine Aufgaben weiterhin erfüllen kann, wären knapp 100.000 neue Stellen nötig.

Seit der Deutschen Einheit ist der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nahezu stetig zurückgegangen – in wirtschaftlich guten Zeiten rascher als in schlechten. Ein wesentlicher Grund: Der Staat gibt immer weniger Geld für sein Personal aus. Das liegt nicht nur daran, dass die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst stark geschrumpft ist. Auch die Einkommenssteigerungen blie-

ben hinter denen der Gesamtwirtschaft zurück. Das zeigen Berechnungen des Berliner Finanzwissenschaftlers Dieter Vesper.

Angebotspolitische Denkmuster prägen das Handeln der Politik, erläutert Vesper. Dazu gehörten die Annahmen, dass ein hoher Staatsanteil das Wachstum hemme und die Privatisierung staatlicher

Leistungen die Antriebskräfte des Systems stärke. Doch kann der öffentliche Dienst nach Jahrzehnten der Schrumpfung nun überhaupt noch den Bedarf an öffentlichen Gütern decken? Dieser Frage ist das langjährige Mitglied im Kreis der Steuerschätzer im Auftrag des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) nachgegangen. Seine Antwort: Insgesamt arbeiten inzwischen zu wenige Beschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden. Besonders groß ist die Lücke an den Schulen.

Von 1991 bis 2010 ist die Zahl der Staatsbediensteten um 1,6 Millionen ge-

Reise & Erholung



wasser-craft
rafting canyoning stand

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetstal.at
www.rafting-oetstal.at
Telefon: 0043 5352 4781

Fehrn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehrn4family.de

Berliner FeWo Villa Mahlsdorf
Tel. 0 30/56 58 58 58 oder 01 79/4 93 68 42

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zolkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

München, Kollege bietet App. für 2 Personen, ruhige Innenstadtlage, Tel. 01 51 50 11 06 87

Sommerpauschale
gültig vom 16.6. bis 30.9.2012

Silvretta-Region Paznauntal

Komfortzimmer m. Balkon, 4-Gang-Wahlmenü, Buffet, Grillparty, Unterhaltungsabend u. v. m.

1 Woche Halbpension ab 269,- €
beheizter Swimming-Pool, neuer Wellness- und Fitnessbereich, Billard, Tischtennis, Nintendo Wii, Internet, Programm f. Kinder u. Jugendl. im Kids Club See, schöne Familiensuiten u. Kinderermäßigungen, gratis Mountainbikeverleih, geführte Wanderung u. Wochenprogramm.

Tipp: **SILVRETTA-CARD** mit vielen Vorteilen
Neu: Badesee und Freizeitanlage

Hotel Post
Fam. Harde
A - 6553 SEE
Tel. +43-5441-8219
Fax +43-5441-8219-4
www.postsee.at
info@postsee.at

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Ostsee@gmx.info
www.ostseeferienwelt.de

TIROL: „Bergsommer“ Silvretta-region – Paznauntal
Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols.
Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Apartments, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw., wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Mountainbikeparadies.

Neu: Badesee und Freizeitanlage!
Superpauchalwoche „Bergsommer 2012“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP, abwechslungsreiches Aktivprogramm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wanderungen u. vieles mehr.

STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE! Info: Hotel Garni **BERGWELT**, A-6553 See 19 · Tel.: +43 / 54 41 / 83 97 · Fax: +43 / 54 41 / 83 97-19 · E-Mail: bergwelt@aon.at · Homepage: www.bergwelt-see.at

MAURITIUS >EXKLUSIV<
Kollege bietet lux. App. u. Bung.-Anlage am Strand ab 76,- € p. P./Tag/inkl. HP. Tel. 0 21 58/40 08 05, Fax 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de

Grömitz/Ostsee
Schöne 2-Zi-Nr-Fewo für 4 Pers. mit Balkon, Fahrräder incl., Ferientermine noch frei, Tel.: 0 43 26/21 14

FeWo, Berlin-Mitte. Bis 5 P., 2 Schlafz., Wohnz., Balkon, Küche, Bad, S- u. U-Bahn-Nähe. Ab 40 € / Tag. Przybysz, Tel. 0 30/4 02 66 93.

INSELN IM INDISCHEN OZEAN
kl. fam. Anlagen mit Kollegentarien ab € 45,- p. P./Tag
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Fehrn/Südstrand
Neu renovierte 2-Zi-Fewo mit Blick auf die Ostsee (südwest), Balkon, 150 m zum Strand, Ferientermine noch frei, Tel.: 0 43 23/77 73

R Ü G E N
... in dem Ostseebad Binz!

HERBERGSPREISE
2 Pers. 40,- €/Tag (An- u. Abreise ein Tag)
Tel. 0 38 34/51 34 46
www.ichbinz.com

Umbrien/Trasimenosee, FeWo. m. Pool in liebevoll renov. Natursteinhaus. Reiten, Radfahren, Wandern, v. privat. www.cerreto.de oder 0 82 61/2 10 50 85

Dahme – Ostsee
Ferienhäuser und Ferienwohnungen
www.strandurlaub-dahme.de

Kurhotel & Kursanatorium Anders Bad Füssing
Burnout, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Beschwerden zu lindern. Durch spezielle Behandlungstechniken unseres geschulten Fachpersonals möchten wir Ihr Wohlbefinden steigern.
Unser familiär geführtes Haus ist behilflich und bietet Ihnen Behaglichkeit und eine schöne Umgebung, damit Sie sich wie zu Hause fühlen. Begleitpersonen sind herzlich willkommen.
Fordern Sie unseren Prospekt an:
Herrn Matthias Anders
Safferstettener Straße 16 - 18
94072 Bad Füssing
Tel. 0 85 31 / 2 40 40



ÖFFENTLICHER DIENST

sunken; das sind über 30 Prozent. Knapp die Hälfte des Stellenabbaus folgte daraus, dass der Staat Wirtschaftsunternehmen wie die Bahn oder die Post, Krankenhäuser und Hochschulen zunehmend aus den Kernhaushalten ausgliederte. Bereinigt

ale Sicherung sowie Wirtschaftsunternehmen. Bei letzteren handelt es sich zum Beispiel um Förderbanken, Wohnungs- oder Verkehrsunternehmen.

Gemeinden. Mit 38 Prozent fiel der Personalabbau auf der kommunalen Ebene massiv aus. Ein wesentlicher Faktor dabei war die Privatisierung zahlreicher Krankenhäuser. Zudem strichen die Gemeinden in der Sozialen Sicherung und dem Bildungssektor sehr viele Stellen.

„Mit dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst einher

in der nächsten Zeit in den Ruhestand gehen.

Unabhängig vom Nachwuchsproblem sieht der Forscher schon jetzt Indizien für einen höheren Personalbedarf. Dieser sei allerdings nur schwer zu quantifizieren, denn beim Bedarf an öffentlichen Gütern handele es sich um „eine kaum objektifizierbare Größe“. Hilfsweise hat Vesper den Umfang des öffentlichen Dienstes in anderen Staaten und die unterschiedliche Personalausstattung der einzelnen Bundesländer zum Vergleich herangezogen:

Für die Finanzverwaltung kommt er auf einen Zusatzbedarf von 4.500 Stellen – dann hätten alle Bundesländer mindestens so viele Bedienstete wie derzeit im Durchschnitt, im Polizeidienst errechnet er auf gleichem Wege einen Fehlbestand von 24.000 Stellen, im Bildungssektor fehlen im internationalen Vergleich 55.000 Lehrkräfte und in der Kinderbetreuung ergibt sich aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen.

Vor dem Hintergrund der kürzlich im

Grundgesetz verankerten Schuldenbremse rechnet der Finanzexperte allerdings eher mit einer restriktiven Haushaltspolitik, besonders auf Länderebene. „Genau dies wäre aber ein falscher Ansatz“, warnt Vesper. Er rechnet bei einer Aufstockung des öffentlichen Dienstes um 100.000 Vollzeitstellen mit zusätzlichen Kosten von 5,5 Milliarden Euro – und erwartet

positive Wirkungen für das Wirtschaftswachstum. Gerade Bildungsausgaben sorgten mittelbar für mehr Wachstum. „Ähnliches gilt für die institutionalisierte Kinderbetreuung, die für die Integration, Sozialisation und Ausbildung von Kindern unabdingbar ist – und somit ebenfalls förderlich für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.“

Quelle: Böckler Impuls Ausgabe 03/2012



Von 1991 bis 2010 ist die Zahl der Staatsbediensteten um 1,6 Millionen gesunken. Bereinigt um den Stellenzuwachs in den ausgelagerten Dienstleistungen liegt der Rückgang immer noch bei 18 Prozent.

Quelle: Erschienen zum Artikel in Böckler Impuls 3/2012

um diese Verschiebungen liegt der Rückgang bei 18 Prozent. Die Bundeswehr baute mit dem Ende des Kalten Krieges in starkem Maße Personal ab. Unter Berücksichtigung dieser „Friedensdividende“ sank die Zahl der Beschäftigten aber immer noch um 11 Prozent. Gegenwärtig sind rund 6,6 Prozent aller Einwohner im öffentlichen Dienst beschäftigt. Im Vergleich zu den Ländern des Euroraums liegt Deutschland damit inzwischen unter dem Durchschnitt.

Die verschiedenen staatlichen Ebenen bauten in unterschiedlichem Ausmaß Personal ab, unterstreicht Vesper:

Bund. Auf Bundesebene liegt der Rückgang bei insgesamt 30 Prozent – und ist primär auf die Entwicklung im militärischen Sektor zurückzuführen. Über den gesamten Zeitraum rückläufig war die Zahl der Beschäftigten aber auch in der Finanzverwaltung und bei Verkehrsbehörden wie in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung oder dem Kraftfahrt-Bundesamt.

Länder. Um 25 Prozent sank die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst der Länder. Starke Rückgänge verzeichneten die politische Führung und zentrale Verwaltung, besonders aber die Bereiche Gesundheit, Erholung und Umwelt, Sozi-



Mit 38 Prozent fiel der Personalabbau auf der kommunalen Ebene massiv aus. Ein wesentlicher Faktor war die Privatisierung zahlreicher Krankenhäuser.

Quelle: Erschienen zum Artikel in Böckler Impuls 3/2012

ging eine besorgniserregende Verschlechterung der Altersstruktur der Beschäftigten“, stellt Vesper fest. Vielfach stellte der Staat nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern in den Ruhestand keine jüngeren Arbeitnehmer ein, sondern strich deren Stellen. In den kommenden Jahren werden Bund, Länder und Gemeinden sich das nicht weiter erlauben können, so der Finanzexperte. Schätzungsweise bis zu 140.000 Beschäftigte werden pro Jahr



Falscher Weg Föderalismusreform



Von der Föderalismusreform nicht überzeugt: der BFA Beamten- und Besoldungsrecht.

Foto: hol.

Eine recht umfangreiche Tagesordnung hatte der Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht (BFA BB) in seiner Sitzung im April 2012 abzuarbeiten.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion zu Föderalisreform ein. Im Zeitalter fortschreitender europäischer Einigung war die Übertragung der Zuständigkeiten im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht auf die Bundesländer nicht der richtige Weg. Da jedes Land nun eigene Lösungs- und Finanzierungswege suchen und umsetzen kann, besteht die Gefahr, dass sich das Versorgungsniveau zwischen Nord und Süd, Ost und West, armen und reichen Ländern erheblich auseinander entwickelt. Erste Erhebungen zeigen heute schon deutlich, dass etwa fünf Jahre nach der Föderalismusreform I erhebliche Unterschiede in der Besoldungs- und Versorgungsentwicklung vorhanden sind.

Man war sich einig, dass die Neuordnung der föderalen Strukturen aus dem Jahre 2006 korrigiert werden muss. Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht muss wieder Aufgabe von Bund und Ländern in gemeinsamer Zuständigkeit werden. Denn nur so können die auf die Haushalte von Bund und Ländern zukommenden Ausgaben für Besoldung und Versorgung, vor dem Hintergrund der durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstandenen Haushaltslöcher und auch das nicht geahnte Ausmaß der Schuldenbremse, zukunftsfähig gestaltet werden.

Es ist nicht erklärbar, warum bei zumeist gleicher Aufgabenstellung und Verantwortung derartige Unterschiede bei der Besoldung und Versorgung bestehen.

Zurzeit bekommt die Entwicklung einen chaotischen Charakter in Bezug auf das öffentliche Dienstrecht. Da stellt sich die Frage, ob die Zukunft wirklich in der Kleinstaaterei liegt?

Aber auch die Urteile diverser Gerichte zur Altersdiskriminierung, bzgl. der Dienstaltersstufenregelung und der altersabhängigen Urlaubsregelung und deren Auswirkungen auf bundes- und landesrechtliche Bestimmungen wurden intensiv erörtert.

Das von einer Arbeitsgruppe erarbeitete Diskussionspapier zur Versorgung nahm auch breiten Raum in der Diskussion ein. Nach einigen redaktionellen Ergänzungen wurde empfohlen, dieses Papier dem Bundesvorstand zur Beschlussfassung vorzulegen.

Weitere Themen waren das Urteil des OVG Münster zum Streikrecht der Beamten, das Urteil des BVerwG zur Gewährung einer Verwendungszulage gem. § 46 BbesG und das Urteil des BVerwG zur Professorenbesoldung in Hessen.

Ebenso wurden die ersten Auswirkungen und weiteren Perspektiven der stufenweisen Umsetzung der „Schuldenbremse“ auf die dienstrechtlichen Verhältnisse in den betroffenen Bundesländern erörtert.

Horst Müller

PERSONALRATSWAHLEN:

BKA

Im Bezirk BKA wurden die Personalräte des BKA, des BfV und des Deutschen Bundestags gewählt: Die Ergebnisse sind ein großartiger Vertrauensbeweis für die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Sie bedeuten aber auch eine große Anerkennung für die bisherige gute Personalratsarbeit der GdP-Vertreter.

Im Bundeskriminalamt hat die GdP deutliche absolute Mehrheiten in 3 von 4 Personalräten erzielt. Sie stellt 11 von 15 Vorstandsmitgliedern und 3 von 4 Vorsitzenden.

Im Bundesamt für Verfassungsschutz ist es trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, zwei Sitze zu sichern.

Auch im HPR beim BMI ist die GdP gut vertreten, bei den Beamten haben wir die zweithöchste Wähleranzahl erzielt. Dort haben wir vier Sitze erzielt und einen Vorstandsplatz belegen können. Die GdP – BKA betrachtet dieses tolle Ergebnis als Verpflichtung zur Fortsetzung und Intensivierung ihrer Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen.

JV



Missachtung von Verkehrsregeln ist unter Radfahrern inflationär

Die notorische Übertretung von Verkehrsregeln lediglich einer kleinen Gruppe von „Kampfradlern“ zuzuschreiben, bedeute nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), das Problem zu verniedlichen. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Missachtung von Verkehrsregeln unter Radfahrer ist inflationär, an keine Altersgruppe oder soziale Schichtung gebunden. Anzuträger ignorieren rote Ampel ebenso wie Kinder, junge Mütter, Jugendliche und auch ältere Menschen. Die Verkehrspolitik muss die explodierende Zunahme des Fahrradverkehrs ebenso stärker in den Focus nehmen, wie das Verhalten der seiner Teilnehmer.“

Die Gründe, so Witthaut, vom Auto auf das Fahrrad umzusteigen, seien alle begrüßenswert. „Wer die hohen Spritpreise nicht akzeptiert, mehr für die Umwelt oder für seine Gesundheit tun will, sollte allerdings durch sein Verkehrsverhalten diese Absichten nicht konterkarieren und insbesondere die Pflicht zur gegenseitigen Rücksichtnahme nicht vernachlässigen.“

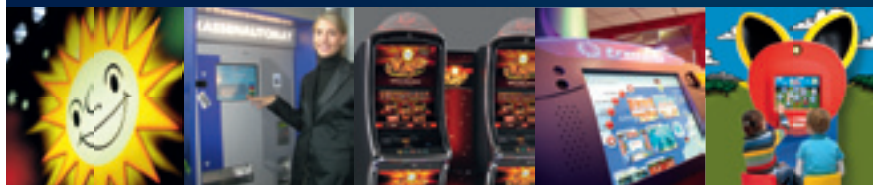
Einen Grund für die sinkende Verkehrsmoral unter Radfahrern sieht Witthaut in der mangelnden sichtbaren Präsenz der Polizei: „Kaum jemand muss damit rechnen

erwischt zu werden, weil die Polizei nicht genug Personal hat den Straßenverkehr insgesamt, besonders aber das Verkehrsverhalten von Fußgängern und Radfahrern spürbar zu überwachen.“ Bei Schwer-

punktkontrollen stelle die Polizei zudem ein sinkendes Unrechtsbewusstsein fest. Witthaut: „Viele Radfahrer empfinden es fast als Zumutung, wenn sie auf Verkehrsübertretungen hingewiesen werden.“ **hol**

Anzeige

SPIELE mit Verantwortung



Mit Sicherheit mehr Spielvergnügen

Die Sicherheit hat bei der familiengeführten Gauselmann Gruppe, dem Marktführer im Bereich münzbetätigter Unterhaltungsspielgeräte mit und ohne Geldgewinnmöglichkeit, und somit auch beim Tochterunternehmen Merkur-Spielothek höchste Priorität. Seit mehr als 17 Jahren vertraut die Merkur-Spielothek in puncto Sicherheit auf das Sicherheitsunternehmen SBS GmbH, das sich maßgeblich durch die erfolgreiche Kooperation mit zahlreichen Polizeidienststellen auszeichnet. Diese zielführende Zusammenarbeit mit der Polizei ermöglichte bereits nachweislich die Festnahme von Straftätern, die unterschiedliche Delikte begangen haben. Zudem achtet SBS neben den Merkur-Spielothek-Mitarbeitern auf die Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen. Darüber hinaus steht die Schulung der Filialmitarbeiter/-innen in puncto Eigensicherung auf der Agenda des Sicherheitsdienstes.

Auch die Manipulationsprävention wird in der Unternehmensgruppe Gauselmann ernst genommen. Als einziges Unternehmen der Branche bietet die Gauselmann Gruppe gezielt Fachseminare für Ermittlungsbehörden an, um über die vielfältigen Methoden, Arbeitsweisen und oftmals äußerst intelligent entwickelten Tatwerkzeuge der Manipulateure zu informieren. Zudem vermitteln die Referenten Informationen über die komplexe Technik der modernen Unterhaltungsspielgeräte.

Auch zukünftig setzt die Gauselmann Gruppe auf das seit Jahrzehnten bewährte Konzept „Mit Sicherheit mehr Spielvergnügen“ und damit verbunden eine gewachsene, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei.



GAUSELMANN
Die SPIELMACHER

Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de

BUCH

Verkehrsrecht

Systematisch und in Themenkreisen zusammengefasst stellen die Autoren in diesem Buch das notwendige Wissen im Fachbereich Verkehrsrecht von den Verhaltensvorschriften der StVO über das Zulassungsrecht, von Personen und Fahrzeugen bis hin zu Verkehrsstraftaten dar. Alle Themen sind so dargestellt, dass eine schnelle und zielorientierte Übersicht bzw. die schnelle Lösung von speziellen Problemen ermöglicht wird. Skizzen, Übersichten, Formeln u.a. erleichtern den Einstieg und die Wiederholung. Zahlreiche Einzelbeispiele mit Lösungen sorgen für das nötige Verständnis und die Möglichkeit zur Wissensüberprüfung. Für den Auszubildenden ist das Buch eine hervorragende Stütze für Unterricht und Prüfung; dem Praktiker hilft es wirksam bei der Handhabung verkehrsrechtlicher Probleme.

Verkehrsrecht, Karl-Peter Conrads, Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH, 18. Auflage, 2011, 560 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0652-2



Aktuelle Neuerscheinung

Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan Schabacker**

Format: DIN A5, Broschur,
191 Seiten,
24,90 EUR [D]
ISBN 978-3-8011-0673-7

Dieses Buch beschreibt für Praktiker in den Polizeipressestellen sowie Polizeibeamten, die in ihren Funktionen Kontakte zu Medien haben, das konkrete Wie und Was der polizeilichen Medienarbeit.

Die inhaltliche Gestaltung berücksichtigt dabei alle Themenfelder der Ablauforganisation einer modernen Polizeipressestelle und bietet verlässliche Informationen für den Umgang mit den Medien.

Neben der klassischen Pressearbeit gehen die Autoren auch auf die Medienarbeit vor der Kamera ein und beleuchten die Auswirkungen des Internets und von Social Media wie Facebook, YouTube und Twitter, die heute wesentliche Teile der täglichen Pressearbeit mitbestimmen.



Die Autoren:

Karl Beele, Jahrgang 1944, Erster Polizeihauptkommissar a.D., 19 Jahre lang Leiter der Pressestelle des PP Dortmund. Konzipierte und leitete während dieser Zeit die Aus- und Fortbildung der Polizeipressesprecher des Landes NRW und anderer Bundesländer.

Jan Schabacker, Jahrgang 1969, Polizeihauptkommissar. Pressesprecher beim Polizeipräsidium Münster. Seit 2011 in unterschiedlichen Verwendungen in der Pressearbeit, darunter im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, sowie in polizeilicher Führungsfunktion in der Bereitschaftspolizei tätig.



Karl Beele

Jan Schabacker



Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Polizeilichen Druck auf kriminelle Rocker-Szene erhöhen

„Macheten schwingende Rocker, die verfeindete Clubs in aller Öffentlichkeit mit größter Brutalität angreifen, haben auf unseren Straßen und in unserer Gesellschaft nichts zu suchen“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bei der Vorstellung des neuen GdP-Positionspapiers „Organisierte Kriminalität“ im Rahmen einer Sitzung des GdP-Bundesvorstandes Mitte März in Potsdam.

Die massiven gegenseitigen Übergriffe vor allem der Hells Angels, Bandidos und ihren sogenannten Supportern belegten, so Witthaut gegenüber der Presse, die damalige Einschätzung der GdP, dass der vor rund zwei Jahren zwischen den verfeindeten Motorradgangs geschlossene „Frieden von Hannover“ nur dazu dienen sollte, die Öffentlichkeit zu beruhigen und den Fahndungsdruck zu verringern.

Brutale Revierkämpfe

„Rocker machen Köln unsicher“ titelte der Kölner Stadtanzeiger Mitte April. Zwischen Hells Angels und Bandidos erkannten Ermittler ein wachsendes Konfliktpotenzial. In Köln komme es immer



Inszenierter „Friede von Hannover“: In einer Anwaltskanzlei in Hannover erklären Ende Mai 2010 die verfeindeten Rockergruppen Hells Angels und Bandidos ihren internen Bandenkrieg offiziell für beendet.

Foto: Jochen Lübke/dpa



Im Zusammenhang mit einer Massenschlägerei zwischen Bandidos und Hells Angels durchsucht die Polizei Mitte März 2012 mit über 500 Beamten – darunter auch Spezialeinsatzkräfte – Clubräume und Gelände beider Rockerclubs in Düsseldorf, Oberhausen, Solingen und Langenfeld.

Foto: Lars Heidrich/dpa

wieder zu brutalen Revierkämpfen, ein großer Teil der Rocker sei vorbestraft.

Auch die Berliner Rockerszene schreckt keineswegs vor massiver Gewalt zurück. So berichtete die Berliner Morgenpost Anfang April über den Angriff von rund 15 Hells Angels auf zwei Zivilfahnder der Berliner Bereitschaftspolizei, die das Clubhaus der Rocker beobachte-

ten. Die Beamten waren in ihrem Wagen geflüchtet. Erst als sich die Kollegen als Polizisten zu erkennen gaben, ließen die Rocker von ihrer Attacke ab. Wenige Tage zuvor hatten Hells Angels im Berliner Bezirk Reinickendorf einen Pizzaboten und seinen Sohn angegriffen. Durch die Seitenscheibe des Autos sei mit Messern in Richtung des 17-jährigen Sohnes gestochen worden. Offenbar waren die beiden aber Opfer eines Irrtums

Tätern auf den Füßen stehen

geworden. Die Hells Angels hatten wohl die beiden mit jemand anderem verwechselt, der ein ähnliches Fahrzeug besitze.

Handfeste Markt-Interessen seien es, so der GdP-Chef, die den Hintergrund für

den brutalen Streit der Rocker bildeten. Witthaut: „Rockergruppen drängen immer stärker in den Rauschgifthandel, die Rotlichtkriminalität und den organisierten Menschenhandel. Wann immer es mit erfolgversprechenden Ermittlungsergebnissen unterlegt ist, sollten einzelne Rocker-Clubs verboten werden.“ Doch, so schränkte Witthaut ein, organisierte Kriminalität sei in weiten Teilen ein Kontrolldelikt. Und, wo die Polizei den Tätern nicht auf den Füßen stehe, breite sich das Verbrechen ungehemmt aus. Die Politik

müsse die Polizeien des Bundes und der Länder spürbar stärken.

Outlaw-Botschaften mit Anziehungskraft

Hinter den einschlägig bekannten Rockergruppierungen, so der GdP-Vorsitzende weiter, stünden bei weitem keine romantisierenden Biker, sondern durchweg kompromisslos profitorientierte Straftäter, die unsere Gesetze, die Polizei und gesellschaftlich akzeptierten Normen strikt ablehnten. „Diese kruden Outlaw-Botschaften scheinen erhebliche Anziehungskraft auf Teile jugendlicher Subkulturen auszuüben.“ So sei zu erklären, erläuterte Witthaut, dass offenbar immer mehr junge Männer mit Migrationshintergrund in den Bann der einschlägig bekannten Rockergruppierungen gerieten und ihnen fast schon die Türen einliefen. „Gegenüber dieser fatalen Folklore muss der staatliche Ordnungsanspruch durchgesetzt werden. Das geht nur mit mehr Polizei.“ **MiZi**



Im Netz ist Stillstand Rückschritt

48 Redakteurinnen und Redakteure in den Landesbezirken und Bezirken sorgen für eine aktuelle und inhaltsreiche Berichterstattung über die gewerkschaftspolitischen Aktivitäten der GdP in den eigenen Medien www.gdp.de und Deutsche Polizei. Der Bundesvorstand unterstützt diese Arbeit durch regelmäßige Treffen, bei denen sich Web-Redakteure und die „Macher“ der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei technisch und journalistisch fortbilden.

Technische Verbesserungen, neue Angebote für die Landesbezirke und der sichere Umgang mit dem Rückgrat des GdP-Internetauftritts, dem Content-Management-System (CMS), standen im Mittelpunkt der 5. Tagung der GdP-Web-Redakteurinnen und -Redakteure vom 30. Januar bis 1. Februar 2012 im hessischen Fulda. Erstmals stattete mit Bernhard Witthaut auch der GdP-Bundesvorsitzende den bundesweit angereisten GdP-Internetexperten einen Besuch ab und stellte sich zudem einer Fragerunde.

Der GdP-Vorsitzende dankte zunächst

den 30 in Fulda vertretenen GdP-Redakteurinnen und -Redakteuren für ihre engagierte Arbeit. Vor allem der gemeinsam geleistete Kraftakt der Umstellung der Länderauftritte auf das Layout des GdP-Bundes habe die Attraktivität von „gdp.de“ deutlich erhöht. Die GdP sei mit ihren Internet-Auftritten aktuell und informativ und ergänze damit wesentlich die Arbeit in den Dienststellen und Personalräten. Mit neuen Angeboten wie der GdP-APP erreiche die GdP nunmehr nicht nur die Kolleginnen und Kollegen vor dem PC, sondern auch direkt in den

Streifenwagen. Witthaut informierte die Runde ausführlich über den aktuellen Stand der die GdP bewegenden Themen. In der anschließenden Fragerunde stand der Neonazi-Aufmarsch Mitte Februar 2012 in Dresden (DP berichtete in der März-Ausgabe) im Vordergrund.

Systemstatus: aufgeräumt!

Traditionell bot das GdP-Web-Treffen erneut reichlich Raum, um die Inhalte der jeweiligen Homepages einer kritischen Durchsicht zu unterziehen. Man halte ja auch seinen Garten nur dann in Schuss, so ein Teilnehmer, wenn sprießendes Unkraut regelmäßig gezogen und vertrocknete Triebe abgeschnitten würden.

Neu in die Funktion eines GdP-Web-Redakteurs eingestiegene Kolleginnen und Kollegen konnten dazu parallel in ei-

Kapitalmarkt

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Hypotheken, Beamten- u. Angestellendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1.000–100.000 €.
• Laufzeit bis 240 Monate
• ohne Auskunft bis 10.000 €
45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
69155 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldersicherung.



ner intensiven Schulung die Handhabung des GdP-CMS kennen lernen.

Zeitgemäße Bildergalerie

Mit Spannung erwartet wurden neue technische Merkmale des GdP-CMS: Sowohl die Nutzer der insgesamt 18 unter dem Siegel „gdp.de“ erreichbaren Homepages als auch deren Web-Redakteurinnen und -Redakteure können sich nunmehr über eine neue und zeitgemäße Darstellung von Bildergalerien freuen. Die Bilder werden in einem variablen Rahmen dargestellt, der die Größenverhältnisse des Originalbildes berücksichtigt. Außerhalb des Bildes erscheint der aktuelle Hintergrund des Bildschirms transparent, der Nutzer weiß jederzeit, an welchem Ausgangspunkt er sich gerade befindet. Jedes Bild wird überdies zum Download in Originalgröße angeboten.

GdP-Layout auch für Bezirks- und Kreisgruppen

Möglich ist es ab sofort auch, Bezirks- und Kreisgruppen in das GdP-Web-Layout einzubinden. Mit einem Klick, so Stephan Hegger, Pressesprecher des



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut stellte sich den Fragen der GdP-Web-Redakteurinnen und -redakteure. An seiner Seite GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek.

Foto: Michael Zielasko

Vorteile sieht Hegger vor allem im einheitlicheren Erscheinungsbild der GdP im Netz, der höheren Aktualität der Inhalte, einem geringeren Pflegeaufwand durch die automatische Übernahme von Inhalten der Landesbezirksseite, einer leichten Erlernbarkeit des CMS-Systems

Erfolgsgeschichte „gdp.de“

So wie beim Fußball, wo gesagt wird: „nach dem Spiel, ist vor dem Spiel“ lässt sich auch trefflich eine GdP-Web-Tagung charakterisieren. Kaum ist das Neue vorgestellt und im Arbeitsablauf integriert, ist man schon frischen Ideen und Lösungen auf der Spur. Stillstand ist für Web-Redakteurinnen und -Redakteure ein Fremdwort; kein Wunder also, dass das Internet-Portal „gdp.de“ seine Erfolgsgeschichte fortschreibt.

Seit die GdP im Dezember 1996 „online“ ging und im April 2008 der Startschuss für den insgesamt dritten Relaunch des GdP-Webauftritts fiel, steigen die Zugriffszahlen konstant. Nachdem 2008 sich die Besucherzahl noch knapp im hohen sechstelligen Zahlenbereich bewegte, knackten die GdP-Homepages die Millionengrenze bereits im Folgejahr, ein Trend, der bis heute anhält. Über 24.000 Kolleginnen und Kollegen haben sich mittlerweile einen Login-Zugang zum Geschlossenen GdP-Mitgliederbereich gesichert. „gdp.de“ ist mittlerweile auch ein echtes Datenschwergewicht: Auf rund 30 Gigabyte, verteilt auf über 115.000 Dokumente, ist das Portal von GdP-Bund und den Landesbezirken bis heute angewachsen.



In Geldern ist traditionell der Treffpunkt der GdP-Landesredakteure: Diesmal hatte die Schreibtrainerin Ulrike Schnellbach das Thema „Kommentar, Kommentar-Überschrift“ gewählt.

Foto: Rembert Stolzenfeld

Vorreiters „GdP-Nordrhein-Westfalen“ sei das natürlich nicht getan. Der technische Mehraufwand der Einbindung der Untergliederungen entfalte aber eine spürbare Sogwirkung. Rund 20 NRW-Kreisgruppen hätten sich bereits der Layout-Umstellung angeschlossen.

für den Fall des Wechsels der örtlichen Webredakteure und der Möglichkeit zur individuellen Gestaltung der Struktur der Kreisgruppenseiten innerhalb der verbindlichen Vorgaben des CMS-Systems. Laut Hegger bleibt die Verantwortung bei den Kreisgruppen.

Monatlich rund 180 Zeitungsseiten

Der Druckort der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei im nordrhein-westfä-



lischen Geldern ist traditionell der Treffpunkt der GdP-Landesredakteure. Hier laufen die Texte und Bilder aus den Landesredaktionen und der Bundesredaktion zusammen. Hier werden monatlich rund 180 Zeitungsseiten produziert um GdP-Mitglieder mit Informationen aus ihrem jeweiligen Landesbezirk, den Bezirken BKA und Bundespolizei und der bundespolitischen Ebene zu versorgen.

Einmal im Jahr kommen so die Redakteurinnen und Redakteure auch mit ihren Partnern aus der Druckvorstufe und der Geschäftsführung der Druckerei Schafrauth zusammen, einer Druckerei, die auf die Produktion von Fachzeitschriften spezialisiert ist. Vom 28. Februar bis 1. März 2012 diskutierten die Redakteurinnen und Redakteure Fragen der technischen Zusammenarbeit und journalistischer Inhalte.

Journalistische Stilmittel trainiert

Rembert Stolzenfeld, der in der Bundesredaktion für das Layout zuständig ist und der Deutsche Polizei insgesamt das Design verliehen hat, gab wiederum wertvolle Handreichungen zum stilicheren Umgang mit Text und Bild. Wieder wurden auch journalistische Stilmittel praktisch trainiert. Diesmal hatte die Schreibtrainerin Ulrike Schnellbach das Thema „Kommentar, Kommentar-Überschrift“ ausgewählt, an dem sich die Teilnehmer in einem mehrtägigen Workshop erprobten. Als Kommentaraufgaben dienten Artikel aus der aktuellen Presse. Es entstanden in Arbeitsgruppen entsprechende Kommentare, die dann im Anschluss in der Redaktorsrunde mit der Schreibtrainerin Ulrike Schnellbach besprochen und akzentuiert wurden. Das Arbeiten an der „punktgenauen“ Headline rundete das Thema ab. Ein klassisches Thema auf den Redaktionskonferenzen: neueste Entwicklungen im Kunsturheberrecht. Nach Anbruch des digitalen Zeitalters und der Verbreitung von Inhalten im weltweiten Netz haben Fragen des Persönlichkeitsrechts, Urheberrechts und Verwertungsrechts neue Dimensionen erreicht und sind zum täglichen Begleiter der Redaktionsarbeit geworden. Wann darf wer bei welchem Anlass fotografiert und veröffentlicht werden? Was muss beachtet werden, wenn ein Foto auch auf der eigenen Homepage eingestellt wird? Was ist eine relative, was eine absolute Person der Zeitgeschichte?

Ebenfalls einer alten Tradition folgend, stellte sich der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut den Fragen der Runde in einer improvisierten Pressekonferenz. **MiZi/hol**

Zutritt unter 16 verboten

Nur für Erwachsene: „Kinderfreie“ Hotels sind der neueste Trend der Reisebranche – und der wird auch noch zynisch beworben.

Mit dem süßen Leben ohne Kinder lockt ein Hotel im bayerischen Wald. Es verspricht „Genuss in Ruhe und Harmonie“ – da stört der lästige Nachwuchs. Das Haus ist stolz auf seine „kinderfreie Philosophie“. Die verbirgt sich hinter der freundlich klingenden Formulierung „Jugendliche ab 16 sind herzlich willkommen“. Heißt im Klartext: Alle unter 16 müssen draußen bleiben. Mit dieser „Zielgruppenorientierung“, so die Betreiber, seien sie „der Zeit voraus“.

In der Tat: Nur wenige Tourismusdienstleister trauen sich bisher, ihr „kin-

malbädern, wo der Eintritt extrem teuer und Kinderermäßigung ein Fremdwort ist. Doch mit der wachsenden Zahl von Singles und Paaren ohne eigene Familie entsteht offenbar ein gesellschaftliches Klima, das urlaubende Kinder auf eine Stufe stellt mit alkoholisierten Russen oder randalierenden Fußballfans.

Kinderfeindlich? Diesen Vorwurf weisen die Verantwortlichen weit von sich. Sie sprechen von einer „Marktlücke“, einem „Nischenprodukt“, das gezielt die Wünsche bestimmter Kunden bediene. Die entsprechende Klientel gibt es: Bei einer (nicht repräsentativen) Umfrage der Tourismus-Plattform HolidayCheck.de bekundeten 41,6 Prozent der Befragten: „Ich bin für Erwachsenen-Hotels, weil mich das Kindergeschrei stört.“

Klar, Kinder können manchmal nerven – und Eltern sollten auch mal ohne die lieben Kleinen ausspannen. Zur gelegentlichen Entlastung gibt es zum Beispiel Verwandte, Freunde oder Babysitter. Aber gleich den ganzen Urlaub ohne die Kinder verbringen? Jene Zeit, wo Familien sich endlich mal gelassen aneinander freuen können? Gerade für beruflich stark engagierte Väter (und Mütter) kann das bedeuten, sich um den letzten Rest an möglichen intensiven Erfahrungen mit dem Nachwuchs zu bringen.

Ohnehin geht es weniger um pfliffige Werbung als um handfeste Diskriminierung. Im Onlineblog reisen-experten.de stellt sich eine Autorin vor, jemand würde „ein Hotel eröffnen, in dem Erwachsene über 60 unerwünscht sind“. Etwa, weil jüngere Gäste keine Lust haben auf unpassende Shorts, Liegenbesetzungen per Handtuch oder notorisches Vordrängeln am Büffet. Ein Aufschrei des Entsetzens wäre die Folge.

Was bei älteren Menschen skandalös wirkt, geht bei Kindern in Ordnung? Die zynische Geschäftsidee „Kinderfrei“ ist kein Tabubruch, wie ihre Verfechter behaupten, sondern wirft ein trauriges Bild auf den Egoismus und die nicht vorhandenen gemeinschaftlichen Werte in Teilen unserer Gesellschaft.

Thomas Gesterkamp

Als sich 2007 ein Wirt im bayerischen Kraiburg weigerte, Kinder unter zwölf in sein Restaurant zu lassen, kam es zum Eklat: Sozialministerin Christa Stewens (CSU) bezeichnete das als „skandalös“. Doch nicht nur in Deutschland sind Kinder mancherorts unerwünscht. So nennt sich das Hotel „Amalienburg“ im österreichischen Saalbach „erwachsenenfreundlich“, das „Cortisen“ am Wolfgangsee verspricht unter dem Motto „No kids“ einen ruhigen Urlaub. Beide Häuser wurden wegen ihrer ausgrenzenden Marketingstrategie von Politikern und Tourismusverbänden heftig kritisiert.

Die spanische Kette Iberostar betreibt auf Mallorca, den Kanaren, in Kroatien sowie in der Dominikanischen Republik und auf Jamaika Hotels, die keine Buchungen für Personen unter 14 Jahren entgegennehmen. Auch einige US-amerikanische Anbieter haben nach der Devise „Adults only“ ein Mindestalter für ihre Gäste festgesetzt. Sogar im Kinderparadies Disneyland in Florida verweigert das Restaurant „Victoria & Albert's“ Besuchern unter zehn Jahren den Zutritt.

derfreien“ Konzept offensiv zu vermarkten (siehe Kasten). In der Regel wird die Ausgrenzung der kleinen Besucher dezent aber wirkungsvoll über den Preis geregelt – ob in Edelhotels oder in Luxus-Ther-





Fotografierverbot von Polizeibeamten des Spezialeinsatzkomman- dos rechtswidrig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass ein von der Polizei gegenüber Mitarbeitern einer Zeitung ausgesprochenes Verbot rechtswidrig war, Polizeibeamte des Spezialeinsatzkommandos während eines Einsatzes zu fotografieren.

Beamte des Spezialeinsatzkommandos der Polizei waren beauftragt, den der gewerbsmäßigen Geldwäsche beschuldigten mutmaßlichen Sicherheitschef einer russischen Gruppierung organisierter Kriminalität aus der Untersuchungshaft bei einer Augenzurpraxis in der Schwäbisch Haller Fußgängerzone vorzuführen. Der Einsatz wurde von zwei Journalisten, darunter einem Fotoreporter, bemerkt. Nachdem dieser sich anschickte, Bilder von den Dienstfahrzeugen und den eingesetzten Beamten anzufertigen, forderte der Einsatzleiter ihn auf, das Fotografieren zu unterlassen. Der Journalist unterließ es daraufhin, Bilder anzufertigen. Die Polizei rechtfertigte das Verbot unter anderem damit: Die eingesetzten Beamten des Spezialeinsatzkommandos hätten durch die Veröffentlichung der angefertigten Fotografien in der Zeitung der Klägerin enttarnt werden können. Dadurch hätte ihre künftige Einsetzbarkeit im Spezialeinsatzkommando beeinträchtigt und sie selbst hätten persönlich durch Racheakte gefährdet werden können. Das Verwaltungsgericht Stuttgart wies die Klage des Zeitungsverlags ab, für den die Journalisten tätig sind. Auf die Berufung des Verlags stellte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim fest, dass das Vorgehen des Einsatzleiters rechtswidrig war. Der Verwaltungsgerichtshof hat dabei unter anderem angenommen: Die Gefahr einer unzulässigen Veröffentlichung der angefertigten Fotografien habe nicht bestanden, weil mangels gegenteiliger konkreter Anhaltspunkte von einer Vermutung rechtstreuen Verhaltens der Presse und damit davon auszugehen sei, dass sie keine Porträtaufnahmen der eingesetzten Beamten und im Übrigen nur Fotografien veröffentlichen werde, auf denen die Beamten insbesondere durch Verpixelung ihrer Gesichter unkenntlich gemacht seien.

Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision des beklagten Landes zurück-

gewiesen. Die Polizei durfte nicht schon das Anfertigen der Fotografien untersagen. Der Einsatz von Polizeibeamten, namentlich ein Einsatz von Kräften des Spezialeinsatzkommandos stellt im Sinne der einschlägigen Bestimmung des Kunsturhebergesetzes ein zeitgeschichtliches Ereignis dar, von dem Bilder auch ohne Einwilligung der abgelichteten Personen veröffentlicht werden dürfen. Ein berechtigtes Interesse der eingesetzten Beamten kann dem entgegenstehen, wenn die Bilder ohne den erforderlichen Schutz gegen eine Enttarnung der Beamten veröffentlicht werden. Zur Abwendung dieser Gefahr bedarf es aber regelmäßig keines Verbots der Anfertigung von Fotografien, wenn zwischen der Anfertigung der Fotografien und ihrer Veröffentlichung hinreichend Zeit besteht, den Standpunkt der Polizei auf andere, die Pressefreiheit stärker wahrende Weise durchzusetzen. Eine solche Lage war hier nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs gegeben.

Bundesverwaltungsgericht BVerwG 6 C 12.11 – Urteil vom 28. März 2012

Vorinstanzen:

VGH Mannheim, 1 S 2266/09 – Urteil vom 19. August 2010

VG Stuttgart, 1 K 5415/07 – Urteil vom 18. Dezember 2008

Ortsschilder zum Schutz der Anwohner

Generell gilt, dass eine geschlossene Ortschaft durch eine Ortstafel zu kennzeichnen ist. Eine geschlossene Ortschaft liegt aber nur dann vor, wenn eine Bebauungssituation vorhanden ist, also mit Angabe des Ortsnamens, aus der sich ortstypische, für die Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs relevante Verkehrslagen ergeben. Der Bebauungszusammenhang muss grundsätzlich für den ortseinwärts fahrenden Verkehrsteilnehmer erkennbar sein.

Der Bebauungszusammenhang ist allerdings allein nicht maßgebend. Weiter ist für eine geschlossene Ortschaft erforderlich, dass die Bebauung in einem funktionalen Zusammenhang mit der Straße steht, an der die Ortstafel aufgestellt werden soll. Dies trifft zu, wenn die Bebauung derart an die Straße angebunden ist, dass sich die von der Bebauung typischerweise ausgehenden Verkehrsgefahren auf den Straßenverkehr auswirken können.

Eine geschlossene Ortschaft kann

auch dann angenommen werden, wenn eine Bebauung bei einzelnen unbebauten Grundstücken fehlt. Ein Bebauungszusammenhang ist aber auch dann gegeben, wenn ein einzelnes Grundstück unbebaut ist und von diesem Grundstück selbst Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs ausgehen, wie sie für innerörtliche Verkehrslagen typisch sind. Dies trifft beispielsweise zu, wenn es sich um einen von Kindern und Jugendlichen genutzten Bolzplatz handelt.

Das Merkmal der Erkennbarkeit des erforderlichen Bebauungszusammenhangs für den ortseinwärts Fahrenden ist zur effektiven Abwehr tatsächlich bestehender Verkehrsgefahren aber einschränkend zu ermitteln. Die Anforderungen dürfen nicht überspannt werden. Maßstab muss sein, ob ein umsichtiger Kraftfahrer den Sinn einer Ortstafel unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Gegebenheiten erfassen kann. Der erforderliche Bebauungszusammenhang ist für den ortseinwärts Fahrenden demnach schon dann erkennbar, wenn die Wahrnehmung einzelner wesentlicher Merkmale einer Bebauungssituation mit ortstypischen Gefahren für einen umsichtigen Kraftfahrer nach den Grundregeln für jegliches Verkehrsverhalten, insbesondere des Vorsichtgebots, möglich ist. Es kann nicht verlangt werden, dass der Kraftfahrer alle einzelnen Merkmale der geschlossenen Ortschaft wahrnehmen kann. Vielmehr kann ausreichen, dass zumindest Teile einzelner Gebäude von der Fahrbahn aus sichtbar sind. Erforderlich ist nur die Möglichkeit zur Wahrnehmung wesentlicher ortstypischer Kriterien, nicht die korrekte rechtliche Einordnung der Merkmale.

Für die Aufstellung einer Ortstafel kommt es nicht darauf an, ob es in dem Straßenabschnitt bereits zu Unfällen gekommen ist, die auf höhere Geschwindigkeiten zurückzuführen sind. Diese Auffassung hat das **Verwaltungsgerichts Braunschweig im Urteil vom 27. September 2011 – 6 A 10/09** – vertreten. In dem konkreten Fall erreichten die Anlieger mit der Klage, dass die von der Gemeinde vorgenommene Versetzung der Ortstafel korrigiert werden musste. Der von den Anliegern beanstandete Standort der Ortstafel befand sich außerhalb der geschlossenen Ortslage. Eine derartige Handhabung ist vielfach üblich geworden, um eine Reduzierung der Fahrzeuggeschwindigkeit zu erreichen, ohne dass dafür die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. **RA Dr. Otto**



AUCH MENSCH – Aktionen der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Hamburg und Potsdam

Ein grauer verregener Samstagmorgen. Eigentlich ein Tag zum Liegenbleiben und Nichtstun. Trotzdem klingelte der Wecker aller Beteiligten um kurz vor acht. So hieß es aufstehen und sich fertig machen,

schließlich müssen die Kolleginnen und Kollegen auch bei Wind und Wetter für Sicherheit und Ordnung in unserem Land sorgen. Leider werden sie dafür immer weniger geachtet und ernst genommen. Über-

griffe auf Polizistinnen und Polizisten gehören schon fast zum Alltag. Dabei verbirgt sich hinter der Uniform genauso ein Mensch. Die Aktion „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ soll helfen, genau das der Bevölkerung wieder ein bisschen bewusster zu machen.

Unter diesem Motto fanden zwei außerordentlich erfolgreiche Aktionen der JUNGEN GRUPPE (GdP) am 28. Februar und am 10.

März 2012 in der Hamburger und Potsdamer Innenstadt statt. Insgesamt stan-

den über vierzig junge Kolleginnen und Kollegen interessierten Passanten und Medienvertretern Rede und Antwort. Sie konnten in zahlreichen Gesprächen auf die schwierigen Spannungsfelder zwischen Polizeiberuf und dem privaten Bereich hinweisen und einen Eindruck vom polizeilichen Alltag vermitteln. In Potsdam begleitete die JUNGE GRUPPE (GdP) sogar ein Kamerateam des ZDF-Länderspiegels und sendete am gleichen Abend einen Bericht über die Kampagne.

Es war erstaunlich, wie viele junge Leute sich an diesen beiden Tagen und nicht gerade angenehmen Witterungsverhältnissen für ihren Beruf sowie die Kolleginnen und Kollegen ehrenamtlich engagierten. Jeder war bereit, sich für eine gute Sache bei Wind und Wetter auf die Straße zu stellen. Und bereits nach kurzer Zeit fiel es einem jeden immer leichter, die Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und sie auf die stetig steigende Gewalt gegenüber der Polizei aufmerksam zu machen. Der viele Zuspruch tat den Kolleginnen und Kollegen gut und zeigte abermals auf, dass die Polizei nicht mehr länger der Puffer zwischen politischen Entscheidungen und gesellschaftlichem Unmut sein dürfe.

Victoria Kreutzer/Torsten Rohde



JUNGE GRUPPE (GdP) im Gespräch mit interessierten Passanten. Foto: Rohde/Krenitz

Jusos zu Gast bei der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Die Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Sabrina Kunz, begrüßte gemeinsam mit dem Bundesjugendleiter, Torsten Rohde, den Bundesvorsitzenden der Jusos, Sascha Vogt, in Begleitung seiner Vertreter Sebastian Roloff und Matthias Ecke in den Räumlichkeiten der GdP-Geschäftsstelle in Berlin. Neben einem Kennenlernen wurde auch über innen- und gesellschaftspolitische Themen diskutiert. Während des Meinungs- und Erfahrungsaustausches rund um die Themen Kennzeichnungspflicht und Bündnis „Dresden Nazifrei“ machte die Bundesjugendvorsitzende deutlich, dass die JUNGE GRUPPE (GdP) nach wie vor gegen eine individuelle Kennzeichnung sei und rechtswidrige Blockadeaktionen auch zukünftig nicht zu tolerieren sind. „Es ist jedoch wichtig, dass sich die GdP und die Personalvertretungen zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit der Kolleginnen und Kollegen

in die Entwicklungsprozesse eines Kennzeichnungssystems mit einbringen und aus politischer Sicht Verantwortung für die Unversehrtheit der Kolleginnen und Kollegen übernommen wird“, so Sabrina Kunz. Sie mahnte aber gleichzeitig zu einem realitätsnahen Augenmaß. Weitere thematische Schwerpunkte waren die Gefahren des Rechtsextremismus und im speziellen die Ermordung ausländischer Mitbürger und einer Polizeikollegin im Zusammenhang mit der „NSU“.

Mit den Ergebnissen des jüngst in Berlin durchgeführten Seminars der JUNGEN GRUPPE (GdP) „Soziale Unruhen – Eine Gefahr für die innere Sicherheit?!“ leitete Torsten Rohde zu dem nächsten Tagesordnungspunkt über: „Perspektive und Zukunft junger Menschen in Deutschland“. Die zunehmende prekäre Situation junger Menschen, das Auseinanderdriften von

arm und reich und der erschwerte Zugang bildungsferner Gesellschaftsteile zu schulischer Bildung sind schwelende Unruheherde, denen aber ein grundsätzlich funktionierendes Sozialsystem gegenüber steht. Diesem Umstand sei es geschuldet, dass derzeit keine flächendeckenden Unruhen, wie jüngst in anderen europäischen Ländern beobachtet, zu erwarten sind. Trotzdem dürfe der Bogen nicht überspannt werden und die einstige soziale Verantwortung des Staates auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen werden. „Es ist eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung, jungen Menschen eine Perspektive zu geben und ihnen Möglichkeiten zu öffnen. Eine Verantwortung, der wir als Teil der Gewerkschaftsjugend, aber insbesondere auch die Jusos gerecht werden müssen“, so Sabrina Kunz abschließend. Sie begrüßt, dass über die thematischen Schwerpunkte hinaus das Ziel einer konstruktiven und nachhaltigen Zusammenarbeit formuliert wurde.

Torsten Rohde



Soziale Unruhen – Eine Gefahr für die innere Sicherheit!?

Vom 30. März bis zum 1. April 2012 fand in Berlin das Seminar „Soziale Unruhen – eine Gefahr für die innere Sicherheit!“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) statt. Der Seminareinstieg war sogleich ein Wandel durch die Geschichte sozialer Unruhen in Deutschland. Als wesentliche und im Abstand von 70 Jahren wiederkehrende Eckpunkte sozialer Unruhe in der deutschen Geschichte dienten dem Seminar der Weberaufstand 1844 und die Revolution 1848/49, der Aufstand der Marine am Ende des ersten Weltkrieges 1918 und die friedlich verlaufende Wiedervereinigung 1989.

Im Anschluss an die durch den Historiker Kristian Petschko in den Räumlichkeiten des Deutschen Historischen Museums außerordentlich illustrativ und mitreißend vorgetragene Inhalte und Meilensteine deutscher Geschichte übernahm die Sozialwirtin und Terrorismus- und Extremismusexpertin Dorothee Dienstbühl den inhaltlichen Part und zeigte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr anschaulich auf, dass

auch das Thema „Soziale Unruhen“ für sie ein bekanntes Feld ist.

Ausgehend von den Studentenunruhen der 60-er-Jahre und die Frage nach dem so genannten Tipping-Point hin zur Begriffsklärung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgezeigt, dass sich um das Phänomen „Soziale Unruhen“ herum ein weites Spektrum gesellschaftlicher Positionen und Einstellungen formiert. Dieser erst seit 2011 zunehmend in den Köpfen der Gesellschaft verankerte Begriff gewinnt in der gegenwärtigen Situation von Finanzmarktkrise und Schuldenlast eine immer größere Aufmerksamkeit. Insbesondere der demographische Wandel, der Abbau des Mittelstandes, die größer werdende Schere zwischen arm und reich und die sich hieraus ergebende, zunehmende Angst der Bürgerinnen und Bürger vor mangelnder sozialer Absicherung nährt die Gefahr eines sozialen und öffentlich ausgetragenen Dissens und sollte daher auch aus sicherheitspolitischen Gründen aufmerksam beachtet

werden. Festzuhalten ist, dass – auch wenn die gegenwärtige, grundsätzlich gegebene soziale Absicherung den Ausbruch zunehmender Unruhen wie in Frankreich England oder Griechenland noch nicht aufkommen lässt – durchaus erste Tendenzen von Spannungen in der Gesellschaft spürbar sind. Daher ist es nur verständlich, bereits an dieser Stelle den Zeigefinger zu heben und den Anfängen zu wehren.

Im Anschluss stand wieder ein Ausflug in die jüngere Geschichte auf dem Programm. Um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie mit politisch-kritischen Äußerungen innerhalb des SED-Regimes der ehemaligen DDR umgegangen wurde, besuchte man die Gedenkstätte Hohenschönhausen und bekam einen schockierenden Einblick in die übliche Vorgehensweise zur Unterdrückung politischer Meinungsvielfalt.

Am letzten Tage wurde unter Einbezug der Erfahrungen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen die Rolle der Polizei in Situationen beleuchtet, in denen Staatswillen und Volkswillen nicht übereinstimmen. In einer Zeit, in der Bilder und Quote das mediale Tagesgeschäft bestimmen und auch vor verunglimpfender Polizeidarstellung nicht halt gemacht wird, ist es wichtig, der Bevölkerung die inner- und rechtsstaatlichen Aufgaben und das bürgernahe und -offene, kritisch-professionelle, interkulturell-kompetente Leitbild der Polizei bewusst zu machen und Erkenntnisse zu nutzen.

Sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren von diesem Seminar begeistert und zollten den Leistungen der Referenten großen Respekt, die in Verbindung mit den Exkursionen das Seminar zu einem großartigen Erlebnis werden ließen.

Torsten Rohde

Noch Seminarplätze frei

JUNGE GRUPPE und **EWTO**
Europäische WingTsun Organisation

**EIGENSICHERUNG
IST KEIN ZUFALL!**

Bundesseminar „Polizeispezifisches Einsatz- und Zugriffstraining“

Weitere Infos und Anmeldung unter www.gdpjg.de sowie über die Homepages der JUNGE GRUPPE-Landesbezirke Saarland, Hessen und Rheinland-Pfalz

**22.-24.6.2012
in Saarbrücken**

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



110, was da so alles ankommt

Der Kollege sitzt in der PELZ (= Polizeieinsatzleitzentrale Berlin). Er hat an die fünfzig über 110 eingehende Notrufe und seine Reaktionen darauf zu Papier gebracht. Der fünfjährige Tommy meldet schüchtern: „Mama ist weg.“ – „Mama ist im Himmel“, sagt Papa. Eine Opa-Stimme bekennt: „Ich habe das Bernsteinzimmer gefunden. Interessiert das irgendjemand?“ Oder: Die eigenen Brüder sind auf der Jagd nach ihr, geschickt vom Vater, nur weil sie frei sein möchte ...

Viele dieser Anrufe lösen gar keinen Einsatz aus. Es sind Hilferufe, die einen Gesprächspartner suchen, von dem sie sich Verständnis, Trost und Rat versprechen. Sie beweisen Vertrauen in die Polizei als Freund und Helfer. Die Anrufenden dürfen deshalb auch nicht enttäuscht werden.

Und was ist das so Schwierige seitens der Polizei? Blitzschnell ist „die Lage zu beurteilen“, ein „Entschluss ist zu fassen“ und einführend verbal „umzusetzen“. Mit diesen polizeitypischen Merkmalen ähnelt auch diese „Telefonseelsorge“ den vielen anderen Eingriffsnotwendigkeiten auf der Straße oder am Tatort. Das gesprochene Wort bleibt die schärfste Waffe der Polizei.

Lesenswert nicht nur für Kolleginnen und Kollegen, von denen viele ähnliche Erlebnisse erinnern werden, auch für Außenstehende, die dadurch Kenntnis erhalten von einer sonst in der Öffentlichkeit wenig bekannten Polizeiarbeit. Denn



schließlich gehen täglich tausende solcher Anrufe bei allen Leitstellen ein.

110 – Ein Bulle hört zu – Aus der Notrufzentrale der Polizei, Cid Jonas Gutenrath, ullstein extra, 2012, Broschiert, 400 Seiten, 14,99 Euro, ISBN-13 9783864930010

PS: Der etwas in Vergessenheit geratene Slogan „Die Polizei – dein Freund und Helfer“ hat seinen Ursprung auch in Berlin: In „Tausend Bilder. Große Polizei-Ausstellung Berlin“ im Jahre 1926 schrieb der preußische Innenminister A. Grzesinski u.a.: „... das die Polizei ihre Organisa-

tion, ihren Aufbau und ihre Ausbildung bewusst stellt unter die Devise: Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung zu sein ...“ **D. B.**

Psychologie der Zeugenaussage

Die Psychologie der Zeugenaussage hat innerhalb der Forensischen Psychologie eine lange Tradition. Insbesondere die Begutachtung der Glaubhaftigkeit von Zeugenaussagen ist in diesem Bereich eine der zentralen Aufgaben.

Das von Friedrich Arntzen begründete Werk stellt detailliert die einzelnen Kriterien der Beurteilung von Zeugenaussagen ausführlich dar und erläutert deren Anwendung anhand von zahlreichen Beispielen.

Für die 5. Auflage wurde der Klassiker der Aussagepsychologie erneut intensiv durchgesehen und mit einem Nachwort zur neueren Entwicklung insbesondere auch im englischsprachigen Rechtsbereich angepasst.

Das Werk wendet sich an Juristen als Vernehmungsrichter, Mitglieder erkennender Gerichte, Staatsanwälte und Verteidiger, Vernehmende in Disziplinarverfahren sowie an Polizeibeamte.

Psychologie der Zeugenaussage, Dr. Friedrich Arntzen, Verlag C.H.Beck, 5., durchgesehene Auflage, 2011, XIX, 161 Seiten, kartoniert, 26 Euro, ISBN 978-3-406-61257-2



Deutsche
Polizei

Nr. 5 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse: Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse: Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Christoph Früchting Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuwer
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34
vom 1. Januar 2012

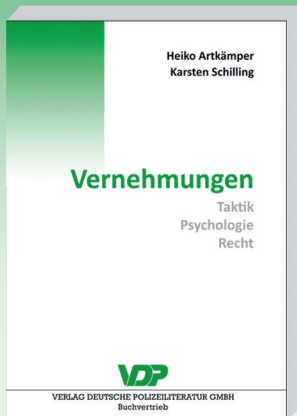


Druckauflage dieser Ausgabe:
177.212 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887



Für die Praxis



Vernehmungen

Taktik
Psychologie
Recht

Von
Heiko Artkämper
und **Karsten Schilling**
2. Auflage 2012, 368 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0665-2



Suizid

Umgang mit
gefährdeten Personen

Von
Guido Kolk und
Jens Walkowiak
1. Auflage 2012, 140 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0667-6

In diesem Handbuch zeigen die Autoren in verständlicher Weise auf, wie man polizeiliche Vernehmungen professionell und erfolgreich meistert. Jedes Kapitel ist in sich eigenständig gehalten und informiert umfassend zum jeweiligen Themenkomplex. Angereichert mit zahlreichen Praxistipps und Grafiken bietet das Buch Polizeibeamten damit Handlungssicherheit in den vielfältigsten Vernehmungssituationen.

Mit diesem Buch wollen die Autoren die Handlungssicherheit von Berufspraktikern im Umgang mit Menschen in einer suizidalen Krise stärken und konkrete Hilfestellungen geben. Einleitend nehmen sie hierzu eine Einordnung und Beschreibung des psychischen Zustandes gefährdeter Personen vor. Weiterhin beschreiben sie Einsatzvorbereitung, Abstimmung mit der Leitstelle und den Einsatz vor Ort. Notwendige Gesprächsabläufe für unterschiedliche Problemfelder verdeutlichen sie anhand beispielhafter Dialoge.



Praktische Eigensicherung

Grundlagen für Ausbildung
und Praxis

Von
Arnold Schacht, Wolfgang Bopp
und **Herbert Frese**
4. Auflage 2003, 196 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
16,90 € [D], 30,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0474-0



Gefährliche Hunde

Vorgehen - Eingriffstechniken -
Sicherung - Professionelle
Lagebewältigung

Von
Michael Hanstein, Dirk Kaltz
und **Stephan Heim**
3. Auflage 2009, 149 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 52,- sFr.
ISBN 978-3-8011-0620-1

Praxisnah, anschaulich und übersichtlich stellen die Autoren in diesem Buch die wesentlichen Selbstverteidigungs-, Nothilfe- und Transporttechniken für Polizeibeamte dar. Erleichtert wird das Erlernen und Trainieren dieser Methoden durch zahlreiche Farbfotos.

Ziel dieses Buches ist es, Polizeibeamten und Angehörigen anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ein Grundwissen zu vermitteln, um im Umgang mit Hunden sich und Dritte vor größeren Verletzungen zu schützen. Die Autoren vermitteln hierzu theoretischen Kenntnisse über den Hund wie auch die Techniken, um einen Hund zu überwinden und zu sichern.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Diese **EURO** **STYLE** Serie vereint Eleganz, Funktionalität und Strapazierfähigkeit in einem!

Die Kofferserie „Travel“ ist die Generation leichtgewichtiger Hartschalenkoffer aus ABS Kunststoffbeschichtung (extraleicht), mit funktionell gestalteter Innenausstattung und aus erstklassiger Qualität – Eine Kollektion in einem anspruchsvollen eleganten Design.

Eigenschaften:

- Vier in alle Richtungen bewegliche Leichtlauf-Rollen
- Reißverschlussfach
- Elastische Packriemen innen
- Ausziehbare Teleskop-Stange
- Zahlenschloss
- Trennwand
- Seitlicher und oberer Tragegriff
- Material:
ABS Kunststoff
- Farbe Silber



Trolley 65 cm

65 x 47 x 26 cm

3,2 kg – 56 L

12-0626

(empf. VK 69,00 €)

54,95 €

Trolley 54 cm

54 x 41 x 23 cm

2,5 kg – 34 L

12-0625

(empf. VK 59,00 €)

44,95 €



Trolley 76 cm

76 x 54 x 28 cm

3,9 kg – 83 L

12-0627

(empf. VK 79,00 €)

64,95 €

3er Trolley Set

bestehend aus 3 Trollys (76 cm, 65 cm, 54 cm)

12-0628

(empf. VK 189,00 €)

144,95 € (14 % PREISVORTEIL ZUM EINZELPREIS!)



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: osg.werbemittel@gdp-online.de • www.osg-werbemittel.de